

Aktuelle Trends

*Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland*

Lage und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft:  
im Sog der konjunkturellen Erholung

*Siegfried Beer*

Unternehmensbezogene Dienstleistungen  
in Ostdeutschland – eine Aktualisierung

*Bärbel Laschke*

IWH-Industrienumfrage im Mai 2004

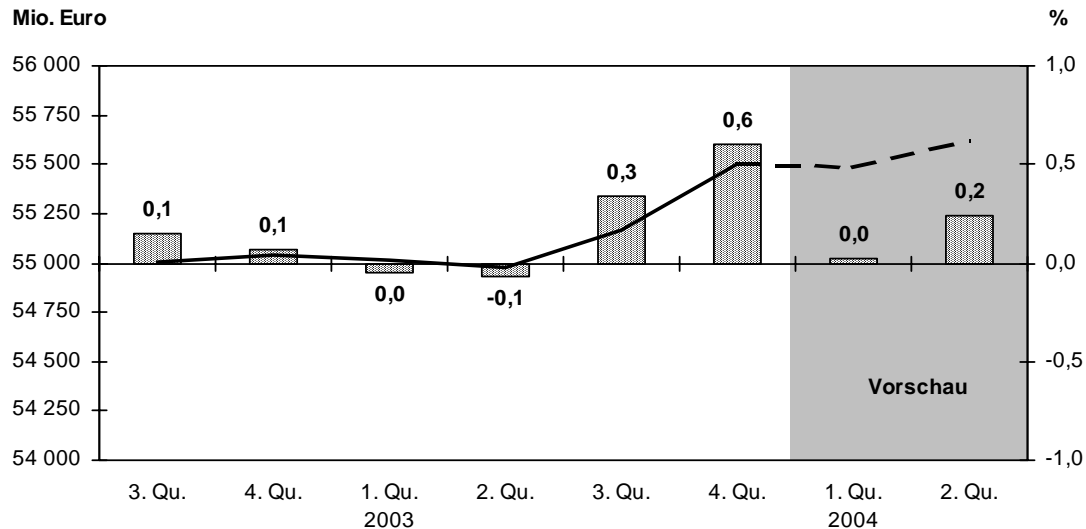
**8/2004**

23.06.2004, 10. Jahrgang

### IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland\*

#### Ostdeutsche Wirtschaft erholt sich zögerlich

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %  
- kalender- und saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 15. Juni 2004.

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Viertel dieses Jahres auf Erholungskurs geblieben. Ein kräftiger Impuls von den Auslandsmärkten sorgte für einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,4% gegenüber dem Schlussquartal 2003. In den neuen Bundesländern stockte hingegen zunächst die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres begonnene Aufwärtsbewegung, sie hat aber im zweiten Vierteljahr wieder Oberhand gewonnen. Allerdings blieb das Wachstumstempo hinter dem in den alten Bundesländern zurück.

Die kurzzeitige Delle im wirtschaftlichen Erholungsprozess der neuen Bundesländer kommt von den Leistungsrückgängen in großen Teilen des Dienstleistungssektors, so vor allem im Handel infolge der bundesweiten Konsumschwäche, im Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen wegen der allgemein lahmen Binnenkonjunktur sowie im Sektor Staat infolge des anhaltenden Beschäftigungsabbaus im Osten. Im zweiten Quartal ist die Schwächephase bei den privaten Dienstleistungsanbietern weitgehend beendet worden, und dies hat den Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion gestützt.

Dagegen hat das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe auch in den ersten Monaten 2004 vom Aufschwung in der Weltwirtschaft profitiert. Der Produktionszuwachs blieb jedoch zunächst gering, da die Herstellung international handelbarer Güter einen verhältnismäßig kleinen Raum einnimmt. Zudem wurde wohl der im Schlussquartal 2003 beobachtete kräftige Auftragsstrom aus dem In- und Ausland im ersten Vierteljahr noch nicht, wie bislang erwartet, abgearbeitet. Das Baugewerbe hat sich nach anfänglichen Produktionseinbrüchen im zweiten Quartal wieder etwas gefangen, so dass sein dämpfender Einfluss auf die Gesamtproduktion nachlässt.

Dieses Konjunkturbild fußt neben den aktuellen Monats- und Quartalsindikatoren für 2004 auf den inzwischen veröffentlichten vorläufigen Berechnungsergebnissen des Arbeitskreises VGR der Länder für das Jahr 2003 und den Fortschreibungsergebnissen für die Jahre 2002 und 2001. Der Entwicklungsverlauf des Bruttoinlandsprodukts unterscheidet sich deshalb auch von dem bisher durch das IWH veröffentlichten für die vergangenen Jahre (vgl. Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 62). Die bislang geschätzten Jahreswerte der Bruttowertschöpfung wurden durch amtliche Größen ersetzt.

Udo.Ludwig@iwh-halle.de

\* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

## Lage und Aussichten der ostdeutschen Wirtschaft: im Sog der konjunkturellen Erholung

Die weltweite Erholung der Konjunktur wird in diesem Jahr trotz der Belastungen durch den Preisanstieg bei Mineralöl und anderen Energieträgern verstärkt auch auf die Wirtschaft in den neuen Bundesländern ausstrahlen. Wegen des geringen Anteils der Herstellung international handelbarer Güter und der vorrangigen Ausrichtung auf den Inlandsmarkt in Deutschland nimmt die ostdeutsche Wirtschaft zunächst aber relativ wenig von den Impulsen aus dem Ausland auf. Erst über die Produktionsverflechtungen mit dem früheren Bundesgebiet wird sich auch im Ostteil die gesamtwirtschaftliche Expansion im späteren Verlauf dieses Jahres verstärken. Im kommenden Jahr empfängt die ostdeutsche Wirtschaft zusätzliche Impulse vom Übergreifen der konjunkturellen Erholung auf die Inlandsnachfrage in Deutschland. Bereits 2003 wurde ein Drittel des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts in den alten Bundesländern und im Ausland realisiert, und allein dies hatte für einen Produktionsanstieg gesorgt, während die Nachfrage in Ostdeutschland rückläufig war.

Vom konjunkturellen Aufwind profitiert vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das seine Wettbewerbsposition in Deutschland auf der Kosten- und Leistungsseite weiter verbessert hat und inzwischen zwei Drittel seiner Produktion außerhalb der neuen Bundesländer verkauft. Das Baugewerbe verliert dagegen weiter an Produktionsanteilen, obwohl auch in diesem Jahr die Beseitigung von Flutschäden, vorgezogene Eigenheimbauten und einige Großprojekte im gewerblichen Bau den Rückgang abmildern. Die Dienstleistungen werden infolge der Konsumschwäche und des Bevölkerungsrückgangs nur schwach expandieren.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in diesem Jahr mit rund 1,5% zunehmen und sich damit etwas langsamer als in Westdeutschland erhöhen. Für das kommende Jahr besteht allerdings bei anziehender Binnenkonjunktur in Deutschland eine reale Chance, im Wachstumstempo mit den alten Bundesländern gleichzuziehen. Der Arbeitsmarkt wird davon nicht profitieren, da die Beschäftigungsschwelle verfehlt wird und die Arbeitsmarktreformen wenig Wirkung zeigen.

In der Pro-Kopf-Produktion wird Ostdeutschland gegenüber dem Westen infolge der erneut sinkenden Bevölkerungszahl weiter aufholen. Trotz-

dem übertrifft der Güterverbrauch dank der beträchtlichen West-Ost-Transfers nach wie vor die Produktion. Das Defizit in der regionalen „Leistungsbilanz“ verringert sich zwar etwas, bleibt aber mit 30% des Bruttoinlandsprodukts hoch.

Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2003	2004	2005
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-0,2	0,2	1,1
Anlageinvestitionen	-3,9	-1,4	-0,3
davon:			
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,2	0	3,0
Bauten	-5,8	-2,5	-2,8
Bruttoinlandsprodukt, real	0,2	1,5	1,5
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	5,7	6,2	6,5
Baugewerbe	-6,3	-3,0	-3,5
Dienstleistungen ohne Staat <sup>a</sup>	0,7	2,0	2,3
<i>Nachrichtlich:</i> BIP (real) je Einwohner	0,9	2,0	2,1
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>b</sup>	5 650	5 600	5 570
Unterbeschäftigte <sup>c</sup>	1 711	1 710	1 690
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 317	1 292	1 280
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	18,9	18,7	18,7

<sup>a</sup> Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. – <sup>b</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>c</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>d</sup> Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2004); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

## Nachfrage und Produktion 2003 im Überblick

Von der anhaltenden Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland waren 2003 auch die neuen Bundesländer betroffen. Die Investitionsschwäche fiel zwar wegen einiger Sonderentwicklungen im Baubereich etwas milder als zuvor aus, der private Konsum ging jedoch erstmals seit 1992 zurück. Lediglich die Lieferungen aus der Region in die alten Bundesländer und in das Ausland vermochten der ostdeutschen Wirtschaft Impulse zu geben, sodass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion leicht erhöhte, die Lage am Arbeitsmarkt aber prekär blieb (vgl. Tabelle 1).

Das Produktionsplus kam vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dessen Wertschöpfung im vergangenen Jahr nicht nur – wie in den alten Bundesländern – nicht gesunken, sondern kräftig gestiegen ist. Sein Wachstumsbeitrag hat sich erneut vergrößert. Das Baugewerbe hat dagegen das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung mit einem halben Prozentpunkt belastet. Dies war wesentlich weniger als in den Jahren zuvor, da die Beseitigung eines großen Teils der Flutschäden aus dem Jahr 2002 und der vorgezogene Bau von Eigenheimen vorübergehend zusätzliche Aktivitäten ausgelöst hatten. Da die rückläufige Entwicklung im Baugewerbe deutlich nachließ und der private Dienstleistungssektor nur wenig an Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr einbüßte, hat der Unternehmenssektor 2003 insgesamt seine Position als Wachstumsträger ausgebaut. Der Staatssektor hat weiter im Zuge des notwendigen Beschäftigungsabbaus an Bedeutung verloren.

## Entwicklung der Nachfrage

### *Privater Konsum mit anhaltender Schwäche*

Die ostdeutschen privaten Haushalte konsumierten 2003 erstmals seit zehn Jahren real weniger als im Jahr davor. Maßgeblich dafür waren der im Zusammenhang mit dem verstärkten Beschäftigungsabbau stehende Rückgang der Erwerbseinkommen sowie die erneut gesunkene Einwohnerzahl.

Die Bruttoverdienste gingen insgesamt vor allem wegen der Abnahme der Beschäftigtenzahl zurück. Zwar fielen die Tarifabschlüsse mit 2,9% je Stunde hoch aus, die Effektivlöhne stiegen aber mit 1,5% je Arbeitnehmer nur halb so stark. Zum einen wurden außertarifliche Zahlungen wie z. B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Bezahlung von Überstunden abgebaut und zum anderen ging

Tabelle 2:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung  
- in Prozentpunkten des Zuwachses der unbereinigten realen Bruttowertschöpfung -

	2001	2002	2003
Bruttowertschöpfung insgesamt <sup>a</sup>	0,3	0,4	0,5
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	0,7	0,9
Baugewerbe	-1,5	-0,9	-0,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,1	0,3	0,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,8	0,3	0,1
Öffentliche und private Dienstleister	-0,3	0,0	-0,2
Bruttowertschöpfung der Unternehmen <sup>b</sup>	0,6	0,4	0,7
Unternehmen <sup>b</sup> ohne Baugewerbe	2,1	1,3	1,2
<i>Nachrichtlich:</i> Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,1	0,2

<sup>a</sup> Die Wachstumsraten der unbereinigten Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts divergieren aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Wertkomponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der unterstellten Bankdienstleistungen, der Gütersteuern und Gütersubventionen. – <sup>b</sup> Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

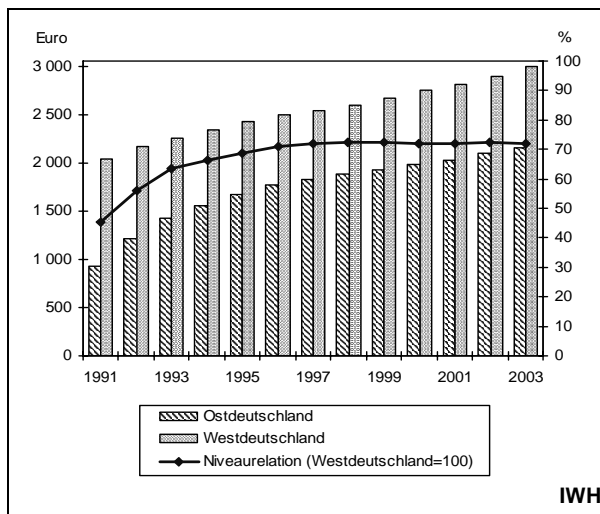
die Tarifbindung bzw. die Orientierung der Betriebe an Branchentarifabschlüssen weiter zurück.<sup>1</sup> Die Nettoverdienste schrumpften noch stärker als die Bruttolöhne und -gehälter. Die Beitragssätze zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung wurden um insgesamt rund 0,8 Prozentpunkte angehoben, wovon 0,4 Prozentpunkte auf die Arbeitnehmer entfielen, und die Beitragsbemessungsgrenze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung wurde um 500 Euro deutlich erhöht.

Dem Rückgang der Erwerbseinkommen insgesamt steht allerdings ein Zuwachs im Schnitt pro weiterbeschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger gegenüber. So stieg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im produzierenden Gewerbe und in Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen im

<sup>1</sup> Laut einer Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gab es 2003 lediglich für 21% aller Betriebe in den neuen Bundesländern (nach 24% im Jahr 2002) eine formale Tarifbindung. Von den Betrieben ohne Tarifbindung orientierten sich 43% der Betriebe am Branchentarifvertrag (nach 45% im Jahr 2002). Vgl. Beschäftigungstrends, Arbeitgeberbefragung des IAB 2003, TNS Infratest Sozialforschung GmbH, München, 2004.

Abbildung 1:

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und in Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>



<sup>a</sup> Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland mit Berlin-West.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Jahr 2003 wie im Jahr zuvor um rund 3%, und damit etwa so stark wie in den alten Bundesländern, sodass hier der relative Abstand zwischen beiden Gebietsteilen gleich geblieben ist.

Die monetären Sozialleistungen, die mit rund 37% die zweitwichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte in Ostdeutschland stellen, stiegen aufgrund der nur geringen Rentenerhöhung zur Jahresmitte und der verschärften Regelungen für die Berechnung der Arbeitslosenhilfe etwas verlangsamt. Der Zuwachs war aber mit 2,9% infolge der konjunkturell bedingten Zunahme der Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe immer noch deutlich. Je Einwohner lag der Betrag der bezogenen Transfereinkommen in den neuen Bundesländern weiterhin um knapp 25% höher als in den alten. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandierten nach dem Rückgang im Vorjahr wieder leicht. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 0,9% nur geringfügig zu.

Obwohl die Verbraucherpreise wie im Vorjahr nur moderat expandierten, verringerten sich die verfügbaren Einkommen erstmalig nach 1997 real wieder leicht. Der Rückgang wurde dadurch gemildert, dass die Kaufkraft des Euro in Ost- gegenüber Westdeutschland weiterhin höher ist (vgl. Tabelle A3). Maßgeblich für die niedrige Inflationsrate waren die schwache Nachfrage nach Konsumgütern und die sinkenden Preise für impor-

Tabelle 3:

Verfügbare Einkommen, private Konsumausgaben und Ersparnis in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2001	2002	2003
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbare Einkommen, nominal	2,1	1,2	0,9
darunter:			
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,4	2,9
Private Konsumausgaben, nominal	1,7	1,3	0,8
real	0,1	0,4	-0,2
Ersparnis	6,3	1,0	2,5
Sparquote <sup>b</sup>	8,7	8,7	8,9
Verbraucherpreisindex	1,9	1,0	1,0
<i>Nachrichtlich:</i>			
Tariflöhne je Stunde	2,6	3,1	2,9
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,8	1,4	1,5
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,9	1,2	0,6

<sup>a</sup> Ohne Berlin. – <sup>b</sup> Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

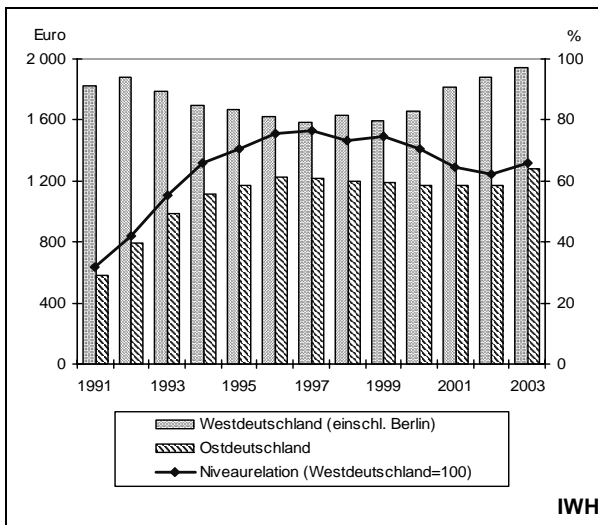
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Angaben für 2003 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

tierte Güter infolge der kräftigen Aufwertung des Euro seit dem Frühjahr 2002.

Die privaten Haushalte sahen sich aufgrund der unsicheren Einkommensperspektiven und der zunehmenden Notwendigkeit des Aufbaus einer privaten Altersvorsorge veranlasst, einen noch größer werdenden Teil ihrer verfügbaren Einkommen zurückzulegen. Die Sparquote stieg auf 8,9%. Gemessen am jährlichen Sparbetrag eines Westdeutschen sparte ein Ostdeutscher im Jahr 2003 durchschnittlich rund ein Drittel weniger (vgl. Abbildung 2).

Alles in allem hielten sich die ostdeutschen privaten Haushalte 2003 mit Konsumausgaben zurück. Insbesondere wurden weniger langlebige Güter gekauft. Hinzu kam, dass durch den anhaltenden Rückgang der Bevölkerung um rund 105 000 Personen der private Konsum trotz Anstiegs der realen Verbrauchsausgaben je Einwohner knapp 1,4 Mrd. Euro einbüßte. Die Bevölkerung wird auch in diesem und im nächsten Jahr abnehmen und somit weiter dämpfend auf den Anstieg der privaten Konsumausgaben insgesamt wirken. In diesem Jahr wird der private Konsum kaum an Schwung gewinnen; die Einkommensentwicklung bleibt auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage verhalten und die privaten Haushalte stehen größeren Anschaffungen weiterhin abwartend gegenüber. Erst mit der Verbesserung der Beschäfti-

Abbildung 2:  
Jährliche Ersparnis je Einwohner in Ost- und Westdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Angaben für 2003 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

gungssituation ist im Jahr 2005 wieder mit einem stärkeren Zuwachs der Konsumausgaben zu rechnen. Zumal die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte auch im Zuge der weiteren Stufe der Steuerreform und sinkender Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung verstärkt zulegen werden.

Zwischen den ostdeutschen Flächenländern haben sich die Unterschiede bei den Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte verringert. Betrug die Spreizung der privaten Konsumausgaben je Einwohner zwischen den neuen Bundesländern – gemessen am Durchschnitt der Flächenländer – im Jahr 1991 insgesamt noch 9,2 Prozentpunkte, so ging diese im Jahr 2002 auf 4,3 Prozentpunkte zurück. Die Differenzierung zwischen den westdeutschen Flächenländern war 2002 mit 8,4 Prozentpunkten weitaus stärker ausgeprägt. Bei An-

Tabelle 4:  
Private Konsumausgaben je Einwohner in den Flächenländern  
- Ostdeutschland insgesamt = 100 -

	1991	1995	2002
Brandenburg	105,1	101,9	100,2
Mecklenburg-Vorpommern	95,9	97,3	97,2
Sachsen	100,3	100,9	101,5
Sachsen-Anhalt	97,4	99,5	98,8
Thüringen	100,3	99,1	100,4
Größte Streuung (in PP)	9,2	4,6	4,3

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Berechnungen des IWH.

gleichung der ostdeutschen Länder im Pro-Kopf-Konsum insgesamt hat Sachsen gegenüber allen Ländern gewonnen und Brandenburg ist zurückgefallen. Sachsen führt jetzt dieses Länder-Ranking an. Am wenigsten gaben pro Kopf im gesamten Zeitraum die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns aus. Eine abnehmende Differenzierung zwischen den ostdeutschen Flächenländern ist auch beim verfügbaren Einkommen, den Bruttoverdiensten, den monetären Transfereinkommen sowie den Selbständigen- und Vermögenseinkommen zu beobachten. Dagegen driftet die Ersparnis zwischen den fünf neuen Ländern weiter auseinander.

### *Investitionsschwäche vorübergehend gemildert*

Die Bruttoanlageinvestitionen sind in Ostdeutschland 2003 das achte Jahr in Folge gesunken. Der Rückgang fiel mit knapp 4% zwar nur etwa halb so hoch aus wie in den beiden Jahren zuvor. Ausschlaggebend dafür waren jedoch Sondereffekte im Baubereich. Insbesondere die Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2002 hatte vor allem in Sachsen und Sachsen-Anhalt Aufbauarbeiten ausgelöst, die 2003 ihren Höhepunkt erreichten. Außerdem wurden einige Großprojekte in der Industrie begonnen und Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage vorgezogen. Damit wurde die anhaltende Investitionsschwäche vorübergehend gemildert, nicht aber überwunden.

Dämpfte die Unterauslastung der neu errichteten modernen Produktionskapazitäten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen schon für sich genommen, so kamen zusätzlich noch die eingetrübten Absatz- und Ertragsaussichten in der Stag-nationsphase und in letzter Zeit die geringe Kreditvergabe der Banken als Gründe für die Investitionsschwäche in Ostdeutschland hinzu. Zwar hat sich die expansive Geldpolitik der EZB grundsätzlich nicht in einer dynamischen Kreditvergabe in Deutschland niedergeschlagen, jedoch hat die ost-deutsche Wirtschaft darunter noch besonders gelitten (vgl. Abbildung 3).

In der sich abzeichnenden Erholungsphase helfen sich die Gewinnerwartungen zwar auf, allerdings sind die Aussichten der Unternehmen auf eine schnelle Lockerung der externen Finanzierungsbedingungen nach längerer Stagnation eher schwach. Mittelfristig ist jedoch nicht von einem schwerwiegenden Hemmnis für die wirtschaftliche Erholung in Ostdeutschland auszugehen – vor allem mit Blick auf die derzeit sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik (vgl. Kasten 1).

Tabelle 5:

Anlageinvestitionen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2001	2002	2003	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % <sup>b</sup>		Niveau pro Einwohner <sup>c</sup> ABL = 100	
Anlageinvestitionen	-9,4	-9,3	-3,9	98,0
davon:				
neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,9	-6,2	-1,2	92,4
neue Bauten	-13,2	-11,4	-5,8	102,6
davon:				
Wohnbauten	-17,7	-13,5	-5,8	69,2
Nichtwohnbauten	-7,9	-9,7	-5,8	102,6

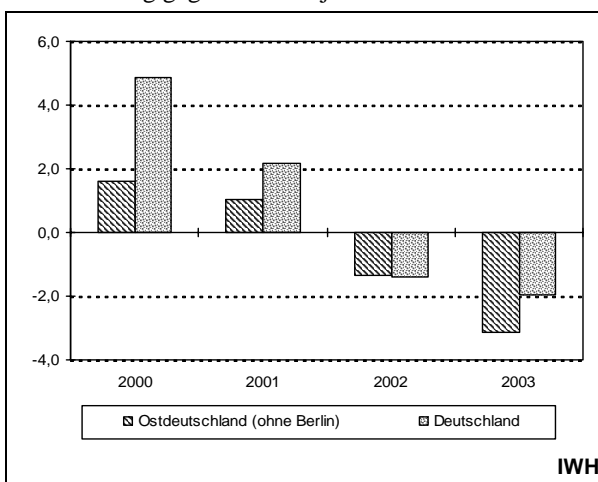
<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> In Preisen von 1995. – <sup>c</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Statistisches Bundesamt; ifo-Investorenrechnung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 3:

## Kreditvergabe an Unternehmen und selbständige Privatpersonen

- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



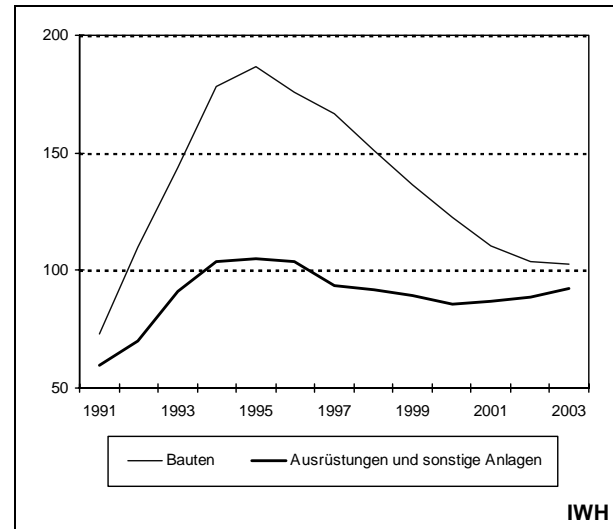
Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Je Einwohner gerechnet, lagen die Anlageinvestitionen im Jahr 2003 um 2% unter dem Stand in den alten Ländern. Während das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen bereits seit 1997 unterschritten wird, ist es bei Bauten noch geringfügig größer. Maßgeblich dafür ist das immer noch sehr hohe Niveau der Bauinvestitionen im gewerblichen und öffentlichen Bereich. Dagegen sind die Wohnungsbauinvestitionen pro Einwohner seit dem Jahr 2000 niedriger als in Westdeutschland; im Jahr 2003 fiel dieser Abstand mit 30% besonders deutlich aus. Sonderabschreibungen hatten hier in den neunziger Jahren zu einer übersteigerten Ausweitung des Woh-

Abbildung 4:

Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Statistisches Bundesamt; ifo-Investorenrechnung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

nungsbestandes geführt, sodass die Nachfrage nach Wohnbauten in den folgenden Jahren zurückging.

Auch die Pro-Kopf-Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen liegen – nach Gleichstand Mitte der neunziger Jahre – mit nunmehr 8% unter dem westdeutschen Stand. Zwar hat sich die Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz im Verhältnis zu Westdeutschland weiterhin erhöht. Die erweiterten Produktionsmöglichkeiten auf Seiten der Sachanlagen konnten aber bisher nicht ausgeschöpft werden.

*Ausfuhren im Plus*

Seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre realisiert die ostdeutsche Industrie mehr als die Hälfte ihres Umsatzes in den alten Bundesländern und im Ausland. Im Jahr 2003 waren es zwei Drittel. Während diese überregionalen Umsätze auch im vergangenen Jahr zulegten, stagnierte die Quote der Ausfuhr nach Westdeutschland zuletzt im Zusammenhang mit der anhaltenden konjunkturellen Flaute; gegenüber dem Ausland ist sie im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung weiter gestiegen. Unter dem Druck der Anpassung an die rückläufige Nachfrage in Ostdeutschland hat auch das Baugewerbe und darunter insbesondere der Ausbaubereich zunehmend äußere Märkte vor allem in den alten Bun-

## Kasten 1: Unternehmensfinanzierung

In letzter Zeit wird von Wirtschaftsfachleuten, Verbandsfunktionären und Politikern die Rolle des Bankensektors in Deutschland als Engpass bei der Übertragung expansiver geldpolitischer Impulse kritisiert. Als Indiz dafür wird die Kreditentwicklung angeführt, die in der Tat abwärts gerichtet war und daher häufig als Ausdruck einer Kreditklemme angesehen wird. Auch wenn sich bislang kaum belastbare Belege für eine Bremsung der Wirtschaftsaktivität durch eine Kreditklemme finden lassen, gibt es Gründe dafür, dass eine expansive Geldpolitik nicht unmittelbar zu einer Verbesserung der externen Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen führt.

Um zu dieser Einschätzung zu gelangen, sind institutionelle Besonderheiten bei der Unternehmensfinanzierung zu beachten: Ist die Wirtschaft vorwiegend durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt, die wenig Eigenkapital aufweisen, nur beschränkt über Kreditsicherheiten verfügen und kaum auf interne Finanzierung zurückgreifen können, dann bleibt die direkte externe Finanzierung, also über die Emission von Wertpapieren, für viele dieser Unternehmen verwehrt, weil Kapitalmärkte die Bonität von Unternehmen vor allem anhand dieser Faktoren einschätzen. Mangelnde interne Finanzierungsmöglichkeiten und der fehlende Zugang zum Kapitalmarkt begründen dann eine Bankkreditabhängigkeit der betroffenen Unternehmen. Banken können die Unternehmensaktivitäten kontrollieren und auf diese Weise das mit einer Kreditvergabe eingegangene Risiko aktiv steuern: Im Rahmen langjähriger Kundenbindungen sind sie über die Geschäftspraktiken ihrer Schuldner unterrichtet und kennen deren Geschäftspartner – vor allem können sie das unternehmerische Potenzial der Geschäftsführung beurteilen. Allerdings sind diese Informationen niemals vollständig, sodass auch eine Hausbank nicht darauf verzichten kann, gewisse Mindestanforderungen bezüglich Eigenkapital, Kreditsicherheiten etc. zu stellen, um ihren Schuldnern die notwendigen Anreize zu setzen, die Kreditausfallwahrscheinlichkeit zu minimieren.

Die Unternehmen in Ostdeutschland sind überwiegend klein, eigenkapitalschwach und verfügen über besonders wenig Kreditsicherheiten und interne Finanzmittel. Für sie stellt eine Bankkreditfinanzierung und die damit verbundene Unternehmenskontrolle durch Banken aber einen lediglich unvollständigen Ersatz für eine mangelnde Erfüllung von Bonitätsanforderungen dar, weil sie aufgrund ihres geringen Alters noch keine langfristigen Beziehungen zu ihren Hausbanken unterhalten. Deswegen sind die Finanzierungsmöglichkeiten ostdeutscher Unternehmen besonders anfällig gegenüber konjunkturellen Schwankungen: Die mit einem Abschwung verbundene Verschlechterung der Ertragslage der Unternehmen führt zu einer weiteren Verengung interner Finanzierungsspielräume. Dies kann nicht durch eine verstärkte Inanspruchnahme von Bankkrediten kompensiert werden, weil die Banken ihrerseits – mangels Wissen um die tatsächlichen Ertragsaussichten des Unternehmens – nicht bereit sind, den erhöhten Finanzierungsbedarf zu decken, oder mit einer höheren Risikoprämie reagieren. Folglich vermindern sich wiederum die Gewinnaussichten, wodurch sich auch künftige externe Finanzierungsmöglichkeiten in der bereits beschriebenen Weise verschlechtern.

Dieser sogenannte finanzielle Akzelerationsprozess wirkt in einer Phase konjunktureller Erholung grundsätzlich spiegelbildlich. Allerdings sind die Aussichten der Unternehmen auf eine schnelle Lockerung der externen Finanzierungsbedingungen bei einem wiedereinsetzenden Aufschwung eher schlecht, wenn die Wirtschaft im Vorfeld eine lange Stagnationsphase durchlebt hat, weil einige der als Kreditsicherheiten hinterlegten Aktiva bereits verwertet wurden und Unternehmen zum Teil nicht mehr existieren oder kurz vor der Überschuldung stehen.

desländern erschlossen. Die Ausführquote an Bauleistungen hat sich kontinuierlich erhöht.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukts der neuen Bundesländer belaufen sich der Auslandsumsatz der ostdeutschen Industrie und ihr Inlandsumsatz in den alten Bundesländern zusammengekommen inzwischen auf 30%. Einschließlich der überregionalen Aktivitäten der ostdeutschen Baubetriebe und Dienstleister erhöht sich diese Quote um weitere Prozentpunkte. All dies unterstreicht die gewachsene Bedeutung der auswärtigen Märkte für die Wirtschaft in Ostdeutschland, aber auch ihre Abhängigkeit vom Auf und Ab des Geschehens in Westdeutschland und im Ausland.

Laut Außenhandelsstatistik hat die ostdeutsche Wirtschaft 2003 im Ausland 17,7% mehr Waren als im Jahr davor verkauft, in dem noch deutliche Einbußen hingenommen werden mussten (vgl. Tabelle 8).<sup>2</sup> Am gesamtdeutschen Export waren die

<sup>2</sup> Die Abweichungen in den Zuwachsraten von Warenexport (17,7%) und Auslandsumsatz der Industrie (5,4%) für 2003 beruhen auf den unterschiedlichen Erfassungskonzepten der Außenhandelsstatistik und der Industriestatistik (Monatsbericht der Betriebe) sowie den verschiedenen Rechenständen. Bei den Exportwerten handelt es sich beispielsweise um vorläufige Angaben der statistischen Landesämter für 2002 und 2003, während die Umsatzdaten endgültiger Natur sind. Zu den Unterschieden vgl. auch ARBEITS-



Tabelle 6:  
Auslands- und Inlandsumsatz des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes<sup>a</sup>

	2000	2001	2002	2003
	<i>in Mio. Euro</i>			
Ausland	20 415	23 782	25 895	27 295
Inland	75 682	78 682	79 059	84 243
alte Länder	37 574	41 395	42 296	-
neue Länder	38 108	37 287	36 762	-
Insgesamt	96 098	102 464	104 954	111 538
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>			
Ausland	-	16,5	8,9	5,4
Inland	-	4,0	0,5	6,6
alte Länder	-	10,2	2,2	-
neue Länder	-	-2,2	-1,4	-
Insgesamt	-	6,6	2,4	-

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

ostdeutschen Hersteller direkt allerdings nur mit 5,3% beteiligt, nach 4,7% im Jahr davor.

Kräftige Nachfrageimpulse aus dem Ausland kamen vor allem aus dem asiatischen Raum. Insbesondere nach China (+36%) und Südostasien (+42,9%) wurden verstärkt Waren geliefert (vgl. Tabelle A5). Auf dem asiatischen Markt werden inzwischen 12% des ostdeutschen Auslandsabsatzes realisiert, davon knapp ein Fünftel in China. Überdurchschnittlich expandierten mit 22,4% auch die Warenausfuhren in die alten EU-Länder und hier besonders die Lieferungen nach Dänemark, Schweden und Spanien. Mit einem Anteil von 42% ist die Europäische Union der nach wie vor wichtigste Absatzmarkt im Ausland für Produzenten aus den neuen Bundesländern. Die Warenexporte in die mittelosteuropäischen EU-Beitrittsländer – mit einem Anteil von 13,8% für Ostdeutschland ein ebenso bedeutsamer Markt wie Amerika – nahmen mit 11,1% ebenfalls merklich zu. Die höchsten Zuwachsraten wurden hier im Handel mit den baltischen Staaten erreicht, allerdings von einem sehr geringen Niveau aus. Vergleichsweise verhalten legten dagegen mit 6,3% die Exporte nach Amerika zu. Maßgeblich hierfür dürfte vor allem die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Güter infolge der vorangegangenen

KREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2003, S.232.

Tabelle 7:  
Überregionaler Umsatz nach ausgewählten Bereichen des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes 2000 und 2002<sup>a</sup>

- Anteil der Regionen am Umsatz in %

	Ausland		Alte Bundesländer	
	2000	2002	2000	2002
Ernährungsgewerbe	6,9	7,1	24,9	28,4
Verbrauchsgüter <sup>b,c</sup>	11,1	13,2	42,5	44,6
Vorleistungsgüter	19,4	25,2	42,4	42,5
Investitions- und Gebrauchsgüter <sup>c</sup>	35,9	38,1	45,6	43,3
Verarbeitendes Gewerbe	21,2	24,7	39,1	40,3
Bauhauptgewerbe	1,5	3,4	11,2	14,9
Ausbauergewerbe	1,2	0,6	19,6	28,5
Baugewerbe	1,4	2,5	13,6	19,3

<sup>a</sup> Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr. – <sup>b</sup> Ohne Ernährungsgewerbe. – <sup>c</sup> Verbrauchsgüter mit bzw. Investitions- und Gebrauchsgüter ohne Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräten, Spielwaren und anderen Erzeugnissen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2001 und 2003; Berechnungen des IWH.

nen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gewesen sein.

Im Ausland gefragt sind vor allem Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus und des Maschinenbaus, die ca. ein Drittel der ostdeutschen Lieferungen ausmachen und bei denen im vergangenen Jahr überdurchschnittliche Zuwächse erzielt wurden. Elektrotechnische Erzeugnisse legten zwar etwas weniger dynamisch zu, sind aber auf Grund ihres Anteils ebenfalls wichtige Exportgüter. Darüber hinaus wurden vor allem Produkte der Pharmaindustrie, Kunststoffwaren, Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse exportiert. Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes spielen eine untergeordnete Rolle.

Die Zentren der ostdeutschen Exportwirtschaft liegen in Sachsen und Thüringen. Dort hatten 2003 mehr als 60% der Warenausfuhr ihren Ursprung (vgl. Tabelle 9). Dabei konnten insbesondere sächsische Unternehmen ihre herausragende Stellung kontinuierlich ausbauen, aus denen inzwischen 43% der Warenexporte der neuen Bundesländer kommen. Größere Anteilsverluste mussten hingegen Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hinnehmen. Auch wenn der Anteil der für den Export bestimmten Produktion in allen neuen Bundesländern seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich gestiegen ist, so lässt sich doch ein regionales Gefälle hinsichtlich des Grades der

Tabelle 8:  
Warenexport der neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2003  
- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Ausfuhr insgesamt	34 941	100,0	17,7
Ernährungswirtschaft	2 469	7,1	8,7
Gewerbliche Wirtschaft	32 472	92,9	18,4
Darunter:			
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	7 703	22,0	19,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	4 054	11,6	11,9
Maschinenbau-erzeugnisse	3 669	10,5	18,4
Pharmazeutische Erzeugnisse	1 152	3,3	61,0

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Einbindung in die internationale Arbeitsteilung feststellen. Sachsen exportiert inzwischen knapp ein Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Produktion, in Mecklenburg-Vorpommern lag die Exportquote im Jahre 2003 bei 10%. Im Durchschnitt der alten Bundesländer betrug diese Quote 28%. Pro-Kopf betrachtet, exportiert Sachsen zwar doppelt so viel wie das nördlichste neue Bundesland, in Relation zum Durchschnitt der alten Bundesländer jedoch nur halb so viel.

Im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres werden auch die ostdeutschen Exporteure von der Kräftigung des Aufschwungs in der Weltwirtschaft profitieren. Hinzu kommt, dass die Effekte der Euroaufwertung vom vergangenen Jahr auslaufen und sich von daher die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Anbieter nicht weiter verschlechtert. Dies dürfte die Ausfuhr in die Länder des Dollarraums anregen und zu deutlichen Zuwächsen insbesondere bei den Lieferungen in die USA führen. Kräftige Nachfrageimpulse kommen auch weiterhin aus Asien, insbesondere aus China, der derzeit am stärksten wachsenden Volkswirtschaft in der Welt. Darüber hinaus werden die zunehmende Erholung im Euroraum sowie die steigende Nachfrage aus den EU-Beitrittsländern die Ausfuhr der neuen Bundesländer stimulieren, sodass in diesem wie im nächsten Jahr erneut mit zweistelligen Exportzuwachsraten zu rechnen ist. Auch die Expansion der Lieferungen in die alten Bundesländer dürfte sich wieder verstärken, da viele ostdeutsche Anbieter von Industrieprodukten direkt oder indirekt in die Wertschöpfungsketten der

Tabelle 9:  
Warenexport der Bundesländer in das Ausland

	Anteil der Länder in %		Exportquote <sup>a</sup> in %		Export pro Kopf in Euro	
	1995	2003	1995	2003	1995	2003
neue Länder	100	100	5,6	14,7	785	2 575
Sachsen	32,7	43,3	5,4	19,6	797	3 489
Thüringen	19,1	18,1	6,3	15,1	847	2 649
Sachsen-Anhalt	19,4	15,4	5,8	12,1	784	2 116
Brandenburg	16,4	14,5	5,0	11,3	721	1 971
Mecklenburg-Vorpommern	12,5	8,8	5,3	10,3	759	1 762

<sup>a</sup> Relation der Warenausfuhr zum Bruttoinlandsprodukt (nominal)

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Exportproduktion in den alten Bundesländern eingebunden sind. Außerdem werden sich deren auswärtige Absatzperspektiven mit dem Übergreifen der konjunkturellen Erholung auf die Inlandsnachfrage in Deutschland verbessern.

## Entwicklung der Produktion nach Hauptbereichen

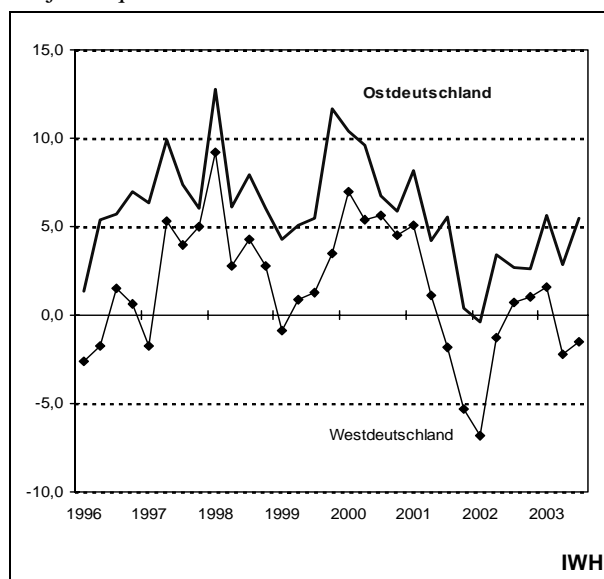
### *Wachstumsträger Verarbeitendes Gewerbe*

Die Herstellung national und international handelbarer Güter hat in Ostdeutschland im vergangenen Jahr erneut an Wettbewerbsfähigkeit auf der Kostenseite hinzugewonnen. Der Anstieg der Arbeitskosten blieb deutlich hinter dem der Produktivität zurück, sodass die Lohnstückkosten gesunken sind. Allerdings wurden auch Arbeitsplätze abgebaut. Aber selbst unter Berücksichtigung der „Entlassungsproduktivität“ bleibt der Fortschritt bei der Verringerung der Lohnstückkosten rechnerisch groß. Die Lohnstückkosten lagen 2003 im Verarbeitenden Gewerbe um 7% unter deren Niveau in Westdeutschland.

Von der gefestigten Wettbewerbsposition aus ist es den ostdeutschen Industriebetrieben gelungen, auch in der anhaltenden Stagnationsphase in Deutschland Produktion und Umsatz zu steigern. Die Hersteller im früheren Bundesgebiet mussten dagegen Rückgänge hinnehmen. All dies spricht dafür, dass im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ein Kern leistungsfähiger Betriebe entstanden ist, der auch wirtschaftlich schwierige Zeiten meistern kann.

Allerdings ist die Bedeutung dieses Sektors gering, da er zwar zunehmend, aber mit 16% insgesamt noch relativ wenig zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung beiträgt. Hinzu kommt, dass sein Entwicklungspotenzial aufgrund fehlender

Abbildung 5:  
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands<sup>a</sup>  
- Veränderung des Produktionsindex gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



<sup>a</sup> Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland mit Berlin-Ost und Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Großbetriebe<sup>3</sup> und der sich erst allmählich festigenden Ertragslage der kleinen und mittelständischen Unternehmen eng begrenzt ist.<sup>4</sup>

Der Industriestandort Ostdeutschland muss sich außerdem in wachsendem Maße der Konkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zur Europäischen Union erwehren. Die Arbeitskosten in diesen Ländern machen zwar nur einen Bruchteil derjenigen in Ostdeutschland aus, das gilt aber auch für die Produktivität.<sup>5</sup> Beim Vergleich der industriellen Lohnstückkosten mit diesen Ländern fällt deshalb Ostdeutschland nicht hoffnungslos zurück (vgl. Tabelle A4). Auch war der Kostennachteil bislang kein hinreichender Grund, den Export in diese Region zu drosseln. Die Verdrängungsgefahr wird vor allem dann akut, wenn

Tabelle 10:  
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>a</sup>

	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in %		Niveau <sup>g</sup> ABL = 100	
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	1,7	4,7	5,7	9,3
Beschäftigung	0,9	-1,0	-1,0	12,9
Produktivität <sup>c</sup>	0,7	5,7	6,7	71,7
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,5	1,9	1,6	66,7
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	1,8	-3,7	-4,8	93,1
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	-14,6	-9,8	-6,3	21,5
Beschäftigung	-11,9	-11,0	-6,1	35,9
Produktivität <sup>c</sup>	-3,1	1,3	-0,3	59,9
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,6	1,6	1,5	77,1
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	4,9	0,3	1,8	128,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	5,9	1,5	0,9	12,8
Beschäftigung	0,0	-1,3	-1,6	17,3
Produktivität <sup>c</sup>	5,9	2,9	2,5	73,9
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,5	1,0	1,9	77,6
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-4,2	-1,8	-0,6	105,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	3,4	1,3	0,5	10,8
Beschäftigung	2,5	1,1	1,4	15,0
Produktivität <sup>c</sup>	0,9	0,2	-0,8	71,8
Arbeitskosten <sup>d</sup>	-0,7	1,5	1,1	74,8
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-1,6	1,3	1,9	104,2
Unternehmen insgesamt <sup>f</sup>				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	0,9	0,6	0,9	11,8
Beschäftigung	-2,0	-2,6	-1,6	17,2
Produktivität <sup>c</sup>	3,0	3,3	2,6	68,8
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,6	1,5	1,8	70,6
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-1,3	-1,7	-0,8	102,6

<sup>a</sup> Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – <sup>f</sup> Ohne private Dienstleister. – <sup>g</sup> Niveauvergleich in jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Berechnungen des IWH.

billige Industriearbeit in den Beitrittsländern mit hochproduktivem Kapital beispielsweise infolge ausländischer Direktinvestitionen kombiniert wird und ganze Produktionen oder Produktionsabschnitte in Ostdeutschland durch Importkonkurrenz aus Mittelosteuropa unter Druck geraten. Bislang lassen sich allerdings kaum Belege in den Importströmen aus dieser Region finden.

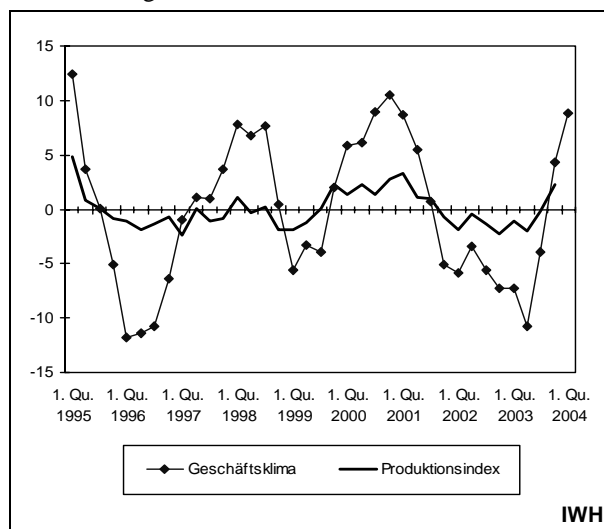
Derzeit wird die Kapazität der in den neunziger Jahren völlig erneuerten industriellen Produktions-

<sup>3</sup> Vgl. DIW Berlin; IAB; IfW; IWH; ZEW: Fortschritte beim Aufbau Ost. Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute über die Entwicklung in Ostdeutschland. Kurzfassung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7-8/2002.

<sup>4</sup> Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70.

<sup>5</sup> Zum Produktivitätsvergleich siehe RAGNITZ, J.: EU-Osterweiterung: Auswirkungen auf Direktinvestitionen und Handel, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2004, S. 203.

Abbildung 6:  
Geschäftsklima und Produktionsindex<sup>a</sup> im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

anlagen in den neuen Bundesländern bei weitem nicht ausgeschöpft, sodass von dieser Seite keine Hindernisse für der Aufnahme der zunehmenden konjunkturellen Impulse aus dem In- und Ausland bestehen. Im Sog des Aufschwungs in der Weltwirtschaft und der Erholung der Konjunktur in Deutschland werden Produktion und Wertschöpfung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe weiter steigen. Darauf verweisen die Auftragseingänge und das Geschäftsklima der vom IWH regelmäßig befragten Industrieunternehmen (vgl. Abbildung 6). Vom Exportanstieg und der Investitionsnachfrage werden insbesondere die Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern profitieren. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird in diesem Jahr um 6,2% und im nächsten Jahr um 6,5% zunehmen.

### ***Bauproduktion mit verlangsamtem Rückgang, aber unter anhaltend hohem Anpassungsdruck***

Die Wertschöpfung im Baugewerbe sank 2003 aufgrund von Sondereffekten deutlich schwächer als in den Jahren zuvor. Im Unterschied zur Industrie hat sich allerdings die Lohnkostenbelastung der Produktion ein weiteres Jahr erhöht: Die Produktivität stagnierte in etwa, da die Beschäftigung trotz

der hohen Überkapazitäten nur im Maße des Produktionsrückgangs abgebaut wurde. Die Lücke gegenüber Westdeutschland konnte hier mit knapp einem Prozentpunkt nur geringfügig verringert werden. Die rückläufige Entwicklung von Nachfrage und Produktion wurde von den Tarifpartnern nicht antizipiert: Die Arbeitskosten stiegen deutlich stärker als es die Produktivitätsentwicklung erlaubt hätte. Die immer noch um mehr als ein Viertel höhere Lohnkostenbelastung als in Westdeutschland deutet auch für die Zukunft auf einen erheblichen Anpassungsbedarf hin.

Der Rückgang der Bauproduktion bleibt im Prognosezeitraum bestimmend (vgl. Tabelle 11). Die Abwärtsbewegung wird sich allerdings aufgrund noch anhaltender Sondereffekte – wie der Beseitigung der Flutschäden<sup>6</sup>, vorgezogener Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage für private Haushalte und einzelner Großprojekte im Wirtschaftsbau – weiter verlangsamten. Darauf deuten die amtlichen Konjunkturindikatoren, wie Auftragseingänge und Baugenehmigungen, aber auch die IWH-Bauumfrage zur Geschäftsentwicklung hin (vgl. Abbildung 7).

Tabelle 11:  
Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2003	2004	2005
Bauinvestitionen insgesamt	-5,8	-2,8	-2,5
davon:			
Wohnbauten	-5,8	-3,0	-4,0
Nichtwohnbauten	-5,8	-2,2	-1,9
davon:			
Gewerbliche Bauten	-5,0	-2,0	-1,5
Öffentliche Bauten	-7,5	-2,6	-2,6

<sup>a</sup> Ohne Berlin.

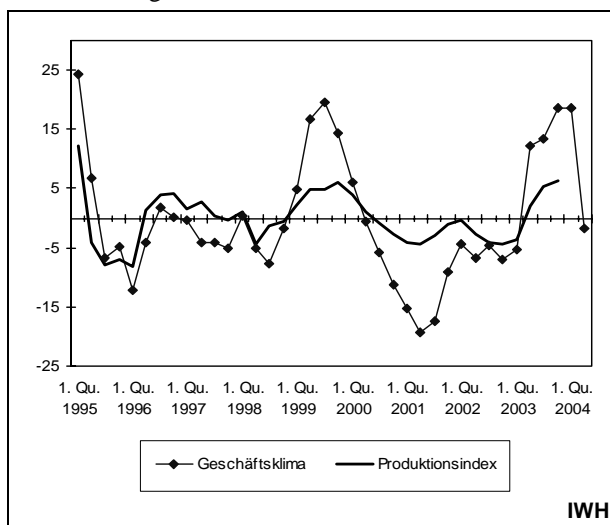
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2004); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Im *Wohnungsbau* ist – wegen der mehrjährigen Gültigkeit der erteilten Baugenehmigungen zur Sicherung der Eigenheimzulage – noch einige Zeit mit vorgezogenen Investitionen der privaten Haushalte zu rechnen. Stützend wirken dabei die niedrigen Hypothekenzinsen und die wegen der starken Konkurrenz nicht nennenswert steigenden Baupreise. Außerdem hält die rückläufige Entwicklung

<sup>6</sup> Laut Bericht der Deutschen Bundesbank wurden 2003 erst 3,5 Mrd. Euro aus dem Fluthilfefond abgerufen. Vgl. Monatsbericht 5/2004, S. 79.

im Mehrfamilienhaussegment an. Verantwortlich dafür ist das nach wie vor hohe Überangebot an Wohnraum bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang und nur zögerlichem Rückbau des Wohnungsbestandes. Das zinsgünstige Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Wohnraummodernisierung wird wegen der schwierigen finanziellen Lage der Wohnungsbaugesellschaften wohl nur wenig zusätzliche Impulse auslösen.

Abbildung 7:  
Geschäftsklima und Produktionsindex<sup>a</sup> im ostdeutschen Baugewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Im gewerblichen Bau wird sich die seit 1995 anhaltende Abwärtsbewegung in der Tendenz fortsetzen, aber deutlich schwächer als in den Jahren zuvor. Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude deuten für die nahe Zukunft auf eine noch anstehende Abarbeitung einzelner Großprojekte, wie des BMW-Werkes bei Leipzig und des Chipwerkes von AMD in Dresden, hin. Dagegen sind bauliche Erweiterungen bei den bestehenden Unternehmen im großen Maßstab – angesichts der zögerlichen Konjunkturerholung und freier Kapazitäten – im laufenden Jahr nicht zu erwarten. Erst mit der Festigung des Erholungsprozesses der Wirtschaft insgesamt werden die bereits 2003 ins Visier genommenen, bisher aber nicht realisierten Planvorhaben aus der wachsenden Industrie in Angriff genommen.

Insgesamt wird sich die Nachfrage nach gewerblichen Bauten im nächsten Jahr weniger ungünstig entwickeln als in den davor liegenden Jahren.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden angesichts der insgesamt kritischen Lage der öffentlichen Haushalte weiter abnehmen. Die Hauptauftraggeber für öffentliche Bauten, die Kommunen, können allerdings im Gefolge der ab 2004 geltenden Reformgesetze einen höheren Anteil am Steueraufkommen erwarten. Dadurch entsteht ein zusätzlicher finanzieller Spielraum für Investitionen, der eine Abschwächung des Rückgangs in den nächsten Jahren zur Folge haben könnte.

Wegen der rückläufigen Nachfrage und Produktion sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im laufenden Jahr um 3% und im Jahr 2005 um 3,5%.

### Unternehmerische Dienstleistungen weiter mit Zuwächsen

Die Wertschöpfung in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen hat im vergangenen Jahr erneut weniger als zuvor zugenommen. Zugleich hat der beschleunigte Anstieg der Arbeitskosten in Handel und Verkehr zu Entlassungen geführt, sodass die Produktivität des verbliebenen Personals rein rechnerisch gewachsen ist und die Lohnstückkosten gesunken sind. Unter Berücksichtigung der „Entlassungsproduktivität“ haben sich die Lohnstückkosten sogar erhöht. Trotz Beschäftigungsabbau bleibt der Wettbewerbsnachteil bei den Lohnstückkosten gegenüber den alten Bundesländern groß. Mit der langsamen Erholung der Konsumkonjunktur wird auch die Wertschöpfung in den konsumnahen Zweigen des Bereichs Handel und Verkehr wieder verstärkt zulegen. Allerdings bremst der anhaltende Rückgang der Bevölkerung.

Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen wurde dagegen die Zahl der Beschäftigten trotz steigender Arbeitskosten aufgestockt, und zwar stärker noch als die Produktion zunahm. Infolgedessen ging die Produktivität im Schnitt zurück und die Lohnstückkosten stiegen. Auch hier ist der Kostennachteil gegenüber dem gleichnamigen Bereich in den alten Bundesländern noch groß. Wegen der engen Verflechtung der Unternehmensdienstleistungen mit der kräftig expandierenden Industrie wächst die Wertschöpfung in diesem und im kommenden Jahr wieder stärker als zuletzt. Gedämpft wird die Entwicklung von den baunahen Dienstleistungszweigen.

## Arbeitsmarkt

### **Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht in Sicht**

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Bei insgesamt anhaltender Produktionsschwäche wurden weiterhin Arbeitsplätze abgebaut, obwohl die Effektivlöhne deutlich unter den Tarifabschlüssen liegen (vgl. Tabelle 12) und den westdeutschen Durchschnitt unterschreiten. Im Jahr 2003 sank die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 94 000 Personen bzw. 1,7%. Mit Ausnahme der Unternehmensdienstleister und des Gastgewerbes waren davon alle Wirtschaftsbereiche betroffen. Besonders kräftig war der Rückgang im Baugewerbe, wo per saldo 38 000 Beschäftigte bzw. 6% ihren Arbeitsplatz verloren. Selbst im Verarbeitenden Gewerbe, in dem die Wertschöpfung real um fast 6% zulegte, wurde der Personalbestand um 9 000 bzw. 1% reduziert.

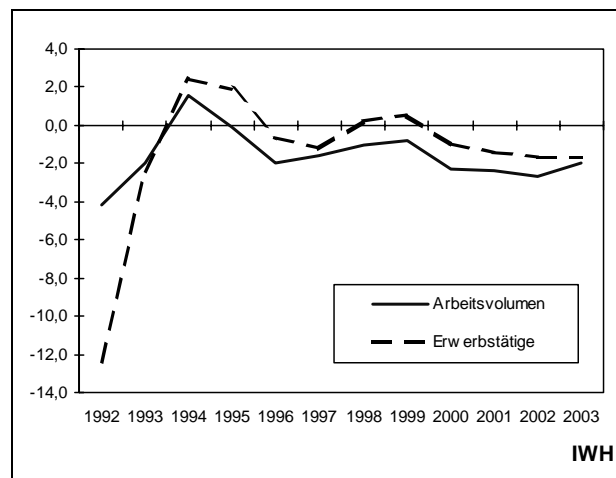
Der Beschäftigungsabbau konzentrierte sich nach wie vor auf Vollzeitarbeitsplätze (vgl. Abbildung 8). Dort gingen im Jahr 2003 mehr als 3% der Arbeitsplätze verloren. Seit Anfang 2003 nimmt auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ab. Beigetragen dazu hat die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung zum 1. April 2003. So hat ein Teil der früher Teilzeitbeschäftigten ihr sozialversicherungspflichtiges Erwerbsverhältnis in eine geringfügig entlohnte Beschäftigung umgewandelt und damit die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen „eingespart“. Nur die Zahl der Mini-Jobs nahm zuletzt in Ostdeutschland kräftig zu. Damit setzte sich der Trend zur Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch flexible Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs fort. Dies führt dazu, dass das geleistete Arbeitsvolumen – wie in den Vorjahren – mit 2% stärker abnahm als die Zahl der Erwerbstätigen, die „nur“ um 1,6% zurückging (vgl. Abbildung 9).

Im Jahr 2003 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen bei 1,6 Millionen, und damit um 43 000 über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote stieg von 18,2% im Jahr 2002 auf 18,9% im Jahr 2003. Allerdings fiel der Zuwachs der registrierten Arbeitslosigkeit deutlich geringer aus als die Erwerbstätigenzahl abnahm. Dabei ging die Zahl der

Abbildung 8:

Veränderung des geleisteten Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigenzahl in Ostdeutschland<sup>a</sup> gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2003

- in % -



<sup>a</sup> Ostdeutschland mit Berlin-Ost.

Quellen: Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2003, S. 41; 2003: Prognose des IWH.

registrierten Arbeitslosen seit Mitte des Jahres sogar zurück. Maßgebend hierfür ist eine „Statistikbereinigung“. So führten die verstärkten Vermittlungsbemühungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass viele Personen aufgrund mangelnder Verfügbarkeit oder fehlender Eigeninitiative bei der Arbeitssuche nicht mehr als arbeitslos registriert wurden oder aber infolge der verschärften Anforderungen vorläufig auf eine weitere Registrierung verzichteten. Zudem wurden Vorschriften geändert, um die durch das Sozialrecht begünstigte Arbeitslosigkeit zu vermindern.<sup>8</sup> Hinzu kam, dass vorruhestandsähnliche Regelungen gemäß § 428 SGB III stärker als zuvor in Anspruch genommen wurden. Einfluss auf den – gemessen am Beschäftigungsrückgang – unterproportionalen Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit hatte aber auch die weitere Verringerung der Zahl der potentiell Arbeitssuchenden, d. h. der Erwerbsfähigen.

Auch im Jahr 2003 wurden in großem Umfang arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Minderung der registrierten Arbeitslosigkeit eingesetzt. Dabei setzte sich der Trend zur Rückführung der traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und

<sup>7</sup> Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit betraf dies in Deutschland insgesamt 138 000 Personen. Informationen darüber, welcher Teil davon auf Ostdeutschland entfällt, liegen nicht vor.

<sup>8</sup> Die Maßnahmen bezogen sich auf Jugendliche, die sich nur deshalb als arbeitslos registrieren ließen, um den Anspruch ihrer Eltern auf Kindergeld zu erhalten. Zudem betraf es Personen über 58 Jahre, die sich als arbeitslos meldeten, um keine Rentenanspruchszeiten zu verlieren.

Tabelle 12:

## Betriebliche Regelungen der Entlohnung in Ostdeutschland im Jahr 2003

- Anteil der Betriebe in %

	Branchen- tarifvertrag	Haus- tarifvertrag	Ohne Tarifvertrag	
			Vergleichbare Entlohnung <sup>a</sup>	Übrige
Alle Betriebe	21	5	27	47
Darunter:				
Land- und Forstwirtschaft	9	4	20	67
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung	35	11	37	17
Verarbeitendes Gewerbe	20	6	27	47
Ernährungsgewerbe	33	6	20	41
Verbrauchsgüter	16	7	28	49
Vorleistungsgüter	18	6	28	48
Investitions- und Gebrauchsgüter	17	6	29	48
Baugewerbe	28	4	31	37
Handel und Reparatur	19	5	25	51
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10	5	24	61
Kredit- und Versicherungsgewerbe	26	7	31	36
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	13	4	27	56
Erziehung und Unterricht	30	15	14	41
Gesundheits- und Sozialwesen	22	4	43	31
Sonstige Dienstleistungen	17	2	22	39

<sup>a</sup> Betriebe mit Orientierung am Tarifvertrag und Zahlung vergleichbarer oder höherer Löhne als dort vereinbart.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2003; Berechnungen des IWH.

Tabelle 13:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands<sup>a</sup>

- in 1 000 Personen -

	2002	2003	2004
Erster Arbeitsmarkt	150	156	190
Empfänger direkter Eingliederungshilfen <sup>b</sup>	150	139	145
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	-	17	45
Personal-Service-Agenturen (PSA)	-	3	10
Kapital für Arbeit	-	1	-
Ich-AGs	-	13	35
Zweiter Arbeitsmarkt	121	99	100
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	121	93	90
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“	-	6	10
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	271	255	290
<i>Nachrichtlich:</i>			
Erwerbstätige (Inland)	5 650	5 600	5 570
Teilnehmerquote <sup>c</sup> (in %)	4,8	4,5	5,2

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>c</sup> Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; 2004: Prognose des IWH.

Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung zugunsten der direkten Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt fort. Die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt überstieg im Jahr 2003 um 57 000 Personen die Zahl der auf dem zweiten Arbeitsmarkt geförderten Personen (vgl. Tabelle 13). Die Wirkung der neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik waren jedoch – mit Ausnahme der Ich-AGs – bescheiden (vgl. Kasten 2).

Tabelle 14:

Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2002	2003	2004
Produzierendes Gewerbe	-5,3	-3,0	0,5
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,0	1,5
Baugewerbe	-11,0	-6,1	-2,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,3	-1,6	-1,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,1	1,4	1,0
Öffentliche und private Dienstleister	0,5	-1,6	-1,5
Erwerbstätigkeit insgesamt <sup>b</sup>	-1,7	-1,6	-0,9

<sup>a</sup> Ohne Berlin. – <sup>b</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Februar/März 2004); Berechnungen und Prognose des IWH.

## Kasten 2:

### Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktreformen schwer zu beurteilen

Bis Anfang April dieses Jahres waren laut Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland 201 *Personal-Service-Agenturen* (PSA) mit insgesamt etwa 8 300 Beschäftigten tätig. Seit dem Bestehen von PSA sind in Ostdeutschland etwa 2 700 Personen aus den PSA in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse integriert worden.

Im Rahmen des Programms *Kapital für Arbeit*, das die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen an Unternehmen für die Einstellung von Arbeitslosen regelt, gab es nach Angaben der KfW bis zum 1. März dieses Jahres in den neuen Bundesländern 357 Kreditzusagen. Insgesamt wurden für 160,1 Mill. Euro Kredite ausgereicht. Dadurch sind 1 949 Arbeitslose eingestellt worden.<sup>a</sup>

Für den Aufbau einer *Ich-AG* nahmen laut Bundesagentur für Arbeit bislang etwa 31 100 Personen einen Existenzgründerzuschuss in Anspruch. Ende März 2004 gab es ca. 27 800 Ich-AGs. Die Differenz zwischen beiden Größen kennzeichnet die Abgänge. Die Zahl der Ich-AGs, die aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben haben, ist jedoch geringer zu veranschlagen als die Zahl der Abgänge, da beispielsweise durch Krankheit oder Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung die Geschäftstätigkeit eingestellt worden sein kann. Insgesamt ist es noch zu früh, die „Bestandsfestigkeit“ der geförderten Gründungen zu beurteilen. Dies kann erst Mitte 2004 an der Wiederbewilligung der pauschalen Zuschüsse fundierter beurteilt werden, da zu diesem Zeitpunkt für viele Ich-AGs das erste Förderjahr beendet sein wird.<sup>b</sup>

Die Zahl der *ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten (Mini-Jobs)* war im September 2003 um 47 100 Personen höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg wurde allerdings auch durch die gesetzliche Neuregelung zum 1. April 2003 beeinflusst, in deren Folge früher Teilzeitbeschäftigte ihr sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis in einen Mini-Job umgewandelt haben.

Die durch die arbeitsmarktpolitischen Reformen tatsächlich induzierten Beschäftigungseffekte können nach wie vor nur schwer beurteilt werden. Dies liegt zum einen daran, dass einige der neuen Instrumente wie PSA erst bei einem konjunkturellen Aufschwung ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen können. Zum anderen dürfte die rechtliche Ausgestaltung der neuen Maßnahmen zu Mitnahme- und Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt geführt haben, die sich einer Quantifizierung weitgehend entziehen. Beispielsweise erfolgt die Gründung einer Ich-AG ohne Vorliegen eines geprüften Unternehmenskonzeptes, was zu Verdrängungseffekten von nicht subventionierten Arbeitsplätzen führen kann. Zudem können Personen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausläuft, eine Ich-AG gründen, um die finanzielle Unterstützung „mitzunehmen“. Die PSA erhalten im Unterschied zu reinen Privatfirmen der Zeitarbeitsbranche Zuschüsse und Prämien von der Bundesagentur für Arbeit, sodass die Gefahr von Verdrängungseffekten gegeben ist. Schließlich können Vollzeit- oder Teilzeitarbeitsplätze durch Mini- oder Midi-Jobs bzw. Nebenerwerbstätigkeit substituiert werden.

<sup>a</sup> Das Programm „Kapital für Arbeit“ ging im März dieses Jahres im Programm *Unternehmerkapital* der KfW auf. Mit diesem Programm kann Gründern, jungen wachsenden Unternehmen und etablierten Mittelständlern langfristige Nachrangfinanzierung für Investitionen gewährt werden, mit denen neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. bestehende gesichert werden (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Die Wirkungen von Hartz I und Hartz II, in: Bundesarbeitsblatt, 4/2004, S.9). Die einzelnen Bausteine dieses Programms sind nach Angaben der KfW eine Weiterentwicklung der Programme *ERP Eigenkapitalhilfe* und *Kapital für Arbeit* (vgl. <http://www.kfwbankengruppe.de/DE/Die%20Bank/AktuellesausderKfW/Unternehme1.jsp>). – <sup>b</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Die Wirkungen von Hartz I und Hartz II, a. a. O., S. 8.

Im Durchschnitt des Jahres 2004 wird wegen des unterhalb der Beschäftigungsschwelle liegenden Produktionswachstums die Erwerbstätigkeit erneut abnehmen, und zwar um 50 000 Personen bzw. 0,9% gegenüber dem Vorjahr. Der Beschäftigungsabbau konzentriert sich weiterhin auf das Baugewerbe, den Bereich Handel und Verkehr sowie den öffentlichen Sektor (vgl. Tabelle 13). Trotz Beschäftigungsrückgang wird die registrierte Arbeitslosigkeit jedoch nicht steigen, sondern um 30 000 Personen niedriger ausgewiesen werden als im Vorjahr. Diese Verringerung der Arbeitslosigkeit ist fast ausschließlich auf eine gesetzliche

Neuregelung zurückzuführen, wonach seit Jahresbeginn auch die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden.<sup>9</sup> Das betrifft in diesem Jahr etwa 25 000 Personen in Ostdeutschland. Diese rechtliche Neuregelung hat zwar keinen Einfluss auf die Höhe der Unterbeschäftigung insgesamt, führt jedoch zu einem niedrigeren Nachweis

<sup>9</sup> Ohne diese gesetzliche Neuregelung wäre die registrierte Arbeitslosigkeit im ersten Quartal saisonbereinigt um etwa 30 000 Personen gestiegen. Die amtliche Statistik weist hingegen eine Zunahme von „nur“ 5 000 aus.



der im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Arbeitslosenzahlen.

Auch für das Jahr 2005 ist noch keine Trendwende am ostdeutschen Markt zu erwarten. Die Erwerbstätigkeit wird nochmals um ca. 30 000 Personen abnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird hingegen nicht in gleichem Ausmaß steigen, sondern um etwa 10 000 Personen sinken.<sup>10</sup> Maßgeblich dafür ist die Verringerung des Arbeitskräftepotenzials. Alles in allem bleibt die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt prekär.

## Fazit

### *Konvergenz bei sinkender Bevölkerung*

Die konjunkturellen Aussichten für Ostdeutschland lassen in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils 1,5% Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts kein schnelleres Wirtschaftswachstum als in den alten Bundesländern erwarten. In der Pro-Kopf-Produktion wird der Osten den Abstand zum Westen allerdings erneut etwas verringern, und zwar aufgrund der weiterhin divergierenden Bevölkerungsentwicklung. Während die Einwohnerzahl im Osten infolge geringer Geburtenzahlen und Abwanderung sinkt, erhöht sie sich im Westen.

Der Aufholprozess setzt sich auch bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsum fort. Die Angleichung hat hier inzwischen im Schnitt die tolerierbare Norm der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erreicht, allerdings aufgrund der hohen West-Ost-Transfers, mit denen die Lücke zu den in Ostdeutschland erwirtschafteten Einkommen aufgefüllt wird.

Auch die Produktivitätslücke bleibt mit einem Drittel Abstand vom Durchschnitt in den alten Bundesländern groß. Der Osten holt zwar – statistisch gesehen – auch hier auf, aber vorrangig wegen des stärkeren Rückgangs an Beschäftigung und geleisteter Arbeitszeit. Aufgrund der längeren Arbeitszeit im Osten ist der Abstand gegenüber dem Westen bei der Produktivität, aber auch beim

Arbeitsentgelt auf Stundenbasis größer als auf Basis der Personenzahl. Bezogen auf die Lohnstückkosten gilt dies jedoch nicht, da je Stunde im Vergleich zur Personenrechnung relativ weniger Arbeitsentgelt gezahlt als Output produziert wird. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wird anhand dieser Messlatte sogar etwas günstiger als beim Bezug pro Kopf ausgewiesen.

Tabelle 15:

Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozess in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	1995	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt	59,6	63,9	63,8	64,2
Verfügbares Einkommen	77,8	84,1	84,8	85,5
Privater Konsum	77,8	85,1	85,7	86,3
Ersparnis	70,4	66,0	67,0	67,8
<i>Nachrichtlich:</i>				
Produktivität				
Basis: Beschäftigte	65,0	72,5	72,3	73,0
Basis: Arbeitsstunden	-	68,7	68,9	69,5

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Prognose des IWH.

Bei gesunkener Inlandsnachfrage und leicht gestiegenem Bruttoinlandsprodukt hat sich 2003 das Defizit in der regionalen „Leistungsbilanz“ erneut etwas verringert. Es belief sich auf knapp 70 Mrd. Euro, das sind rund 30% des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tabelle A2). Im Jahr 2000 waren es noch 39%.

Der Produktionszuwachs ist erstmalig seit 1997 nicht in den Konsum geflossen, sondern wurde exportiert. Der private Konsum hat damit zwar ein wenig an Gewicht am Bruttoinlandsprodukt verloren, ist aber mit 75% noch außerordentlich hoch. Allerdings wurde auch wieder weniger in Sachanlagen als in den Jahren davor investiert. Wenngleich sich der Rückgang der Anlageinvestitionen wegen der Sondereffekte im Baubereich deutlich verlangsamt hat, bleibt die Investitionsquote mit einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts für eine aufholende Wirtschaft relativ niedrig. Insbesondere gilt dies für die Anschaffung neuer Ausrüstungsgüter.

*Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland*

*Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,*

*Ruth Grunert, Ingrid Haschke und Brigitte Loose*

<sup>10</sup> Zum 1.1.2005 sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von Hartz IV zusammengelegt werden. Die Einführung der Grundsicherung hat zur Folge, dass sich dann ohne Ausnahme jeder erwerbsfähige Empfänger einer bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistung als arbeitslos melden muss, um finanzielle Nachteile zu vermeiden. Deshalb dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen zunächst geringfügig steigen. Allerdings kann es insbesondere durch die forcierten Vermittlungsbemühungen zu einer gegenläufigen Entwicklung kommen. Im Großen und Ganzen dürften sich beide Effekte kompensieren.

Tabelle A1:

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1997 bis 2003

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	4 790	5 231	5 582	5 231	5 597	5 315	5 083
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	32 776	34 016	35 251	38 076	38 220	39 914	41 979
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 287	1 264	1 243	1 084	759		
Verarbeitendes Gewerbe	25 390	26 914	27 822	30 592	31 101	32 562	34 406
Energie- und Wasserversorgung	6 099	5 839	6 186	6 400	6 360		
Baugewerbe	30 087	26 790	24 632	21 713	18 540	16 717	15 657
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	31 404	32 488	35 812	38 339	40 603	41 220	41 586
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18 421	18 865	19 425	19 478	19 223		
Gastgewerbe	2 125	2 010	1 977	1 971	2 058		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10 858	11 614	14 411	16 890	19 322		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	44 720	47 529	49 292	50 830	52 574	53 247	53 533
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6 888	7 300	8 281	8 502	8 458		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	37 832	40 230	41 011	42 328	44 116		
Öffentliche und private Dienstleister	55 664	55 042	56 192	56 668	55 932	55 876	55 454
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	17 755	17 593	17 516	17 688	17 256		
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	37 910	37 449	38 677	38 980	38 676		
<b>Bruttowertschöpfung insgesamt</b>	199 442	201 097	206 761	210 857	211 465	212 290	213 292
<b>Erwerbstätige</b>	<i>in 1 000 Personen</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	223,9	224,7	220,3	209,6	199,2	193,4	189,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	963,7	967,0	947,2	952,8	957,0	946,2	936,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	25,2	21,8	18,8	15,7	14,9	14,6	
Verarbeitendes Gewerbe	870,2	879,4	866,1	877,8	885,9	877,1	868,4
Energie- und Wasserversorgung	68,3	65,8	62,3	59,3	56,2	54,4	
Baugewerbe	970,9	905,4	864,7	798,4	703,3	626,0	588,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 371,4	1 389,5	1 413,2	1 423,9	1 423,7	1 404,6	1 382,7
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	814,9	821,1	833,8	837,9	837,3	824,0	
Gastgewerbe	206,9	227,4	240,1	245,4	248,8	250,9	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	349,6	341,1	339,3	340,7	337,6	329,7	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	605,8	648,8	684,6	706,8	724,6	732,2	742,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	120,3	121,9	122,1	122,6	121,3	119,8	
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	485,4	526,9	562,5	584,2	603,3	612,4	
Öffentliche und private Dienstleister	1 800,0	1 813,7	1 851,4	1 833,9	1 834,0	1 842,3	1 812,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	518,1	518,1	514,6	509,7	501,6	500,7	
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 281,8	1 295,5	1 336,8	1 324,2	1 332,4	1 341,6	
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	5 935,6	5 949,1	5 981,3	5 925,4	5 841,8	5 744,7	5 650,4

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: April 2004).

Tabelle A2:

## Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2003

	1991	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	<i>in Millionen Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	104 555	209 269	214 031	217 711	224 549	226 946	230 223	234 181	237 801
Privater Konsum	100 467	152 006	155 666	159 832	166 953	172 343	175 190	177 471	178 836
Staatskonsum	39 727	64 994	63 824	64 229	65 389	65 620	66 321	66 595	66 708
Anlageinvestitionen	46 306	93 725	88 573	84 785	81 680	77 535	70 114	63 377	61 030
Inlandsverwendung <sup>a</sup>	186 500	310 725	308 062	308 846	314 022	315 498	311 624	307 443	306 574
Saldo <sup>b</sup>	-81 945	-101 456	-94 031	-91 134	-89 474	-88 552	-81 401	-73 262	-68 773
	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	143 107	207 297	210 697	211 631	217 111	220 106	219 733	220 003	220 379
Privater Konsum	131 546	148 764	148 876	150 942	157 810	160 642	160 763	161 341	161 084
Staatskonsum	51 325	64 253	63 721	64 175	64 127	63 690	62 979	62 656	62 301
Anlageinvestitionen	50 825	94 079	89 029	85 310	82 824	78 172	70 830	64 257	61 776
Inlandsverwendung <sup>a</sup>	233 696	307 095	301 626	300 427	304 761	302 504	294 572	288 254	285 161
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt		3,2	1,6	0,4	2,6	1,4	-0,2	0,1	0,2
Privater Konsum		3,1	0,1	1,4	4,6	1,8	0,1	0,4	-0,2
Staatskonsum		0,5	-0,8	0,7	-0,1	-0,7	-1,1	-0,5	-0,6
Anlageinvestitionen		-5,3	-5,4	-4,2	-2,9	-5,6	-9,4	-9,3	-3,9
Inlandsverwendung <sup>a</sup>		-0,2	-1,8	-0,4	1,4	-0,7	-2,6	-2,1	-1,1

<sup>a</sup> Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – <sup>b</sup> Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2004); Schätzung der Nachfrageaggregate für 2002 bzw. 2003 durch das IWH.

Tabelle A3:

## Kaufkraftparitäten (KKP) 1991 bis 2003 in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland

Ausgaben nach Gruppen	Warenkorb 1995 in (%) <sup>a</sup>		Kaufkraftparität (ABL=100)						
	ABL	NBL	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003 <sup>f</sup>
Nahrungsmittel, Getränke	16,74	19,61	93,6	92,2 <sup>b</sup>	91,4	91,3	91,2	92,1	91,7
Bekleidung, Schuhe	6,77	7,00	101,9	98,6 <sup>b</sup>	97,0	96,2	95,6	93,0	91,4
Wohnungsmieten	23,37	17,80	18,8	66,6 <sup>c</sup>	72,3 <sup>c</sup>	86,0 <sup>c</sup>	89,3 <sup>c</sup>	89,0 <sup>c,d</sup>	90,0 <sup>d</sup>
Energie, Wasser	5,33	6,51	70,6	93,9 <sup>b</sup>	90,1	92,5	93,4	93,8	93,0
Haushaltsführung	6,65	8,47	97,6	95,5 <sup>b</sup>	93,9	93,3	92,8	92,1	91,4
Gesundheit, Körperpflege	3,64	1,88	61,3	86,3 <sup>b</sup>	96,4	102,8	101,0	104,2	103,7
Verkehr, Nachrichten	15,95	16,68	93,3	96,0 <sup>b</sup>	96,2	96,7	96,9	97,2	97,1
Bildung, Unterhaltung	10,66	11,99	92,2	93,9 <sup>b</sup>	97,4	99,2	99,2	100,3	101,1
Persönliche Ausstattung	10,89	10,07	91,4	95,3 <sup>b</sup>	97,9	98,8	98,9	98,7	98,3
KKP <sub>(gekreuzter Warenkorb)</sub>			63,3	87,9	90,3	93,5	94,2	94,3	93,8
<b>Kaufkraftvorteil (in %) <sup>c</sup></b>			<b>58,0</b>	<b>13,8</b>	<b>10,7</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>	<b>6,0</b>	<b>6,6</b>
KKP <sub>(gekreuzter Warenkorb, wenn Parität der Miete = 1)</sub>			92,6	95,5	95,9	96,5	96,4	96,6	95,9

<sup>a</sup> Für die Bestimmung der mittleren Kaufkraftparität (KKP<sub>gekreuzter Warenkorb</sub>) wird ein konstanter Warenkorb – der des Jahres 1995 – als Gewichtung verwendet. – <sup>b</sup> Parität der Ausgaben Gruppe aus dem „50-Städte-Vergleich“ des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1993. – <sup>c</sup> Parität der Wohnungsmiete je m<sup>2</sup> der Bruttokaltmiete aus DIW-Gutachten auf Basis des SOEP. – <sup>d</sup> Für die Parität der Bruttokaltmiete in den Jahren 2001 und 2003 wurden die Werte des SOEP aus dem Jahr 2000 (88,3) fortgeschätzt (vgl. DIW-Wochenbericht 41/01). – <sup>e</sup> Preisvorteil in Ostdeutschland im Vergleich zu einer hypothetischen Einkommensverwendung in Westdeutschland. Z. B. müssten bei unterstellten westdeutschen Preisen in Ostdeutschland im Jahr 2003 6,6% mehr des Geldbetrages für den gekreuzten Warenkorb ausgegeben werden. (Berechnung: KKP-West / KKP-Ost in %). – <sup>f</sup> Ab 2003 ermittelt das Statistische Bundesamt für Ostdeutschland insgesamt nicht mehr den Verbraucherindex. Daher wurde für Ostdeutschland der Verbraucherindex über die einzelnen Indizes der fünf ostdeutschen Flächenländer berechnet. Der westdeutsche Preisindex ergibt sich dann aus dem gesamtdeutschen Index unter Herausrechnung des ostdeutschen Verbraucherpreisindex.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH (Methodik siehe GRUNERT, R.: Was ist die D-Mark im Osten Deutschlands wert? in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1997 S. 9-16).

Tabelle A4 :

Lohnstückkosten<sup>a</sup> nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Jahr 2000: ausgewählte Beitrittsländer im Vergleich mit den alten und neuen Bundesländern

	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Tschechische Republik	Ungarn	Polen	Slo-wakei	Slo-wenien <sup>g</sup>
Bekleidungsgewerbe (NACE-Abteilung 18) <sup>b c</sup>	86,5	71,2	68,8	77,7	68,7	116,1	94,8
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung bespielter Ton-, Bild- und Datenträgern (NACE-Abteilung 22) <sup>a c</sup>	58,0	65,5	71,1	47,6	55,0 <sup>f</sup>	66,3	-
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (NACE-Abteilung 26) <sup>b c</sup>	60,8	71,9	44,4	43,6	45,6 <sup>g</sup>	60,6	77,3
Chemische Industrie; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (NACE-Unterabschnitt DG und DH) <sup>b c</sup>	70,0	69,4	43,1	39,6	45,7	58,3	73,7
Metallerzeugung und -bearbeitung (NACE-Abteilung 27) <sup>b c</sup>	58,2	72,1	62,3	53,2	57,4	50,0	86,4
Herstellung von Metallerzeugnissen (NACE-Abteilung 28) <sup>b c</sup>	76,5	76,0	62,0	55,7	52,7	77,9	78,7
Maschinenbau (NACE-Abteilung 29) <sup>b c</sup>	86,1	80,3	70,1	63,3	67,3	106,6	82,4
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (NACE-Abteilung 30) <sup>b c</sup>	62,8	65,3	67,4	29,2	45,6	81,7	74,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik (NACE-Abteilung 33) <sup>b c</sup>	74,2	72,6	59,4	73,3	45,0	60,6	86,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (NACE-Abteilung 43) <sup>b c</sup>	80,3	92,3	45,9	21,3	52,9	34,9	77,4
Sonstiger Fahrzeugbau (NACE-Abteilung 35) <sup>b c</sup>	88,2	79,5	61,8	153,6	90,0	107,3	93,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen (NACE-Abteilung 36) <sup>b c</sup>	75,6	77,4	66,0	69,5	61,0	96,0	83,0
Recycling (NACE-Abteilung 37) <sup>b c</sup>	68,3	59,6	-	64,3	50,5	36,2	-
Baugewerbe (NACE-Abteilung 45) <sup>a d</sup>	94,0	74,8	98,0	54,5	78,6 <sup>f</sup>	96,3	-
Datenverarbeitung und Datenbanken (NACE-Abteilung 72) <sup>a e</sup>	59,1	66,8	87,8	50,7	88,6 <sup>f</sup>	68,1	-
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (NACE-Abteilung 74) <sup>a e</sup>	61,6	50,8	104,0	63,9	65,0 <sup>f</sup>	65,6	-

<sup>a</sup> Lohnstückkosten = (Personalaufwendungen/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten) \* (Zahl der Beschäftigten/Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger). – <sup>b</sup> Hier wegen Verfügbarkeit der Daten nur einfache Lohnstückkosten (Lohnquote) = Personalaufwendungen/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten. – <sup>c</sup> Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten; ABL und NBL laut Kostenstrukturerhebung. – <sup>d</sup> Alle Unternehmen; ABL (ohne Berlin) und NBL (ohne Berlin) laut VGR der Länder. – <sup>e</sup> ABL (mit Berlin) und NBL (ohne Berlin) laut Dienstleistungsstatistik; d. h. für Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro; hier wegen Verfügbarkeit der Daten nur modifizierte einfache Lohnstückkosten = Personalaufwand/(Umsatz – Sachaufwand). – <sup>f</sup> 1998. – <sup>g</sup> 1999.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung und Dienstleistungsstatistik; VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:  
Warenexport der neuen Bundesländer nach Regionen

	2003		2001	2002	2003
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr gesamt	34 941	100,0	19,3	-2,3	17,7
Europa	24 699	70,7	16,0	-2,8	19,0
darunter: Europäische Union (EU-15)	16 783	48,0	12,1	-3,8	22,4
darunter:					
Frankreich	2 491	7,1	7,6	5,5	16,2
Italien	2 531	7,2	24,3	-8,2	22,4
Großbritannien	2 243	6,4	8,7	-13,1	12,1
Niederlande	1 787	5,1	4,5	-6,6	13,9
Österreich	1 376	3,9	8,1	2,4	20,3
darunter: Neue EU-Länder <sup>a</sup>	4 756	13,6	22,0	4,2	11,1
Estland	52	0,1	5,9	-7,7	31,8
Lettland	72	0,2	1,1	-2,1	21,0
Litauen	131	0,4	26,3	21,8	23,5
Polen	1 711	4,9	3,9	7,3	6,5
Tschechische Republik	1 557	4,5	33,0	-3,1	11,9
Slowakei	496	1,4	62,4	6,3	15,1
Ungarn	610	1,7	48,9	14,3	13,6
Slowenien	126	0,4	-4,4	2,1	15,8
Russland	742	2,1	19,6	3,6	7,2
Amerika	5 153	14,7	37,9	-2,3	6,3
darunter: USA	4 209	12,0	39,8	-4,5	10,8
Asien	4 107	11,8	16,5	-5,3	28,6
darunter: Südostasien <sup>b</sup>	1 465	4,2	33,4	4,0	42,9
Japan	443	1,3	1,9	-16,8	-13,6
China	773	2,2	13,6	-7,7	36,0
Übrige Länder	982	2,8	24,2	25,4	8,6

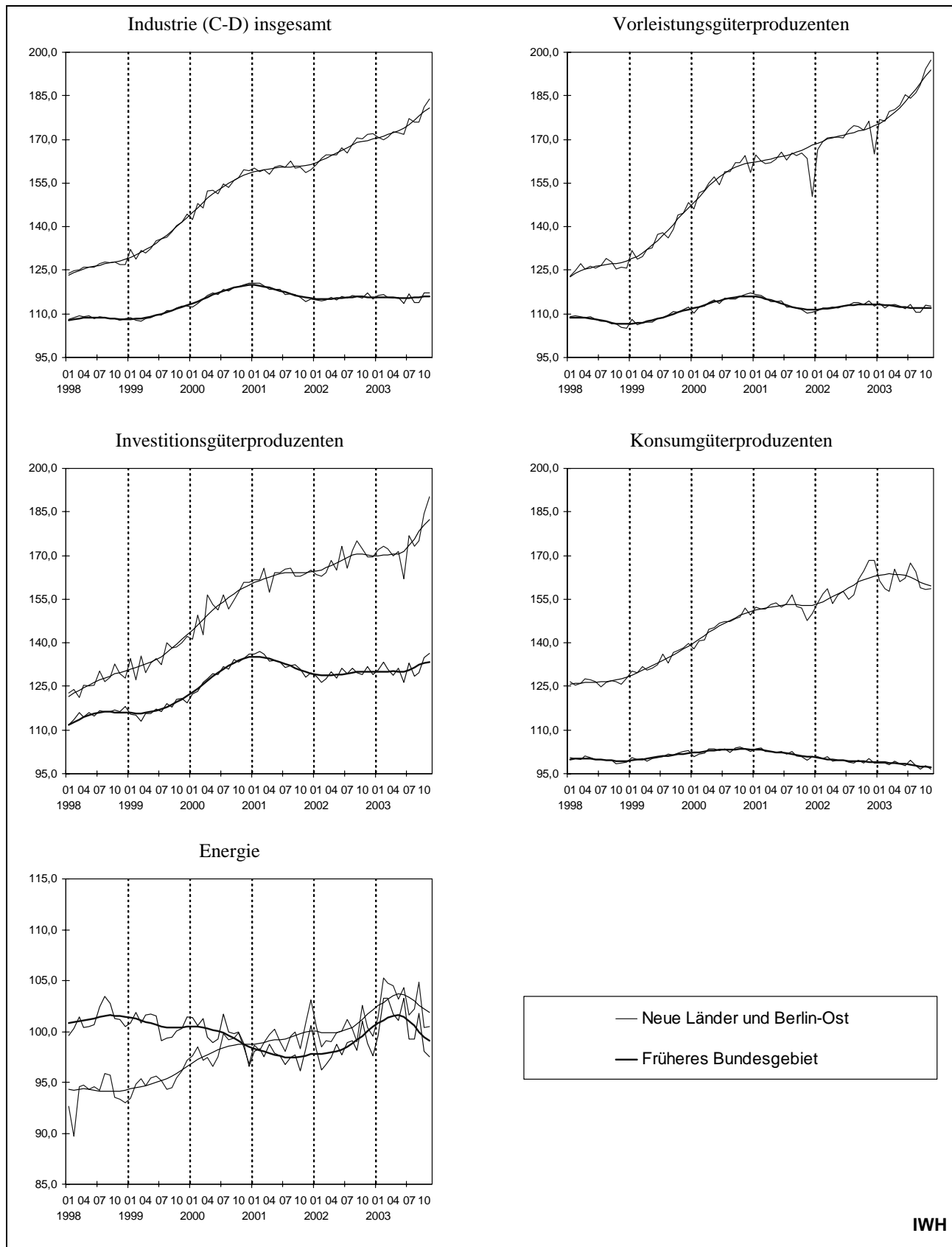
<sup>a</sup> Ohne Malta und Zypern. – <sup>b</sup> Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

## Übersicht 1 (Industrie):

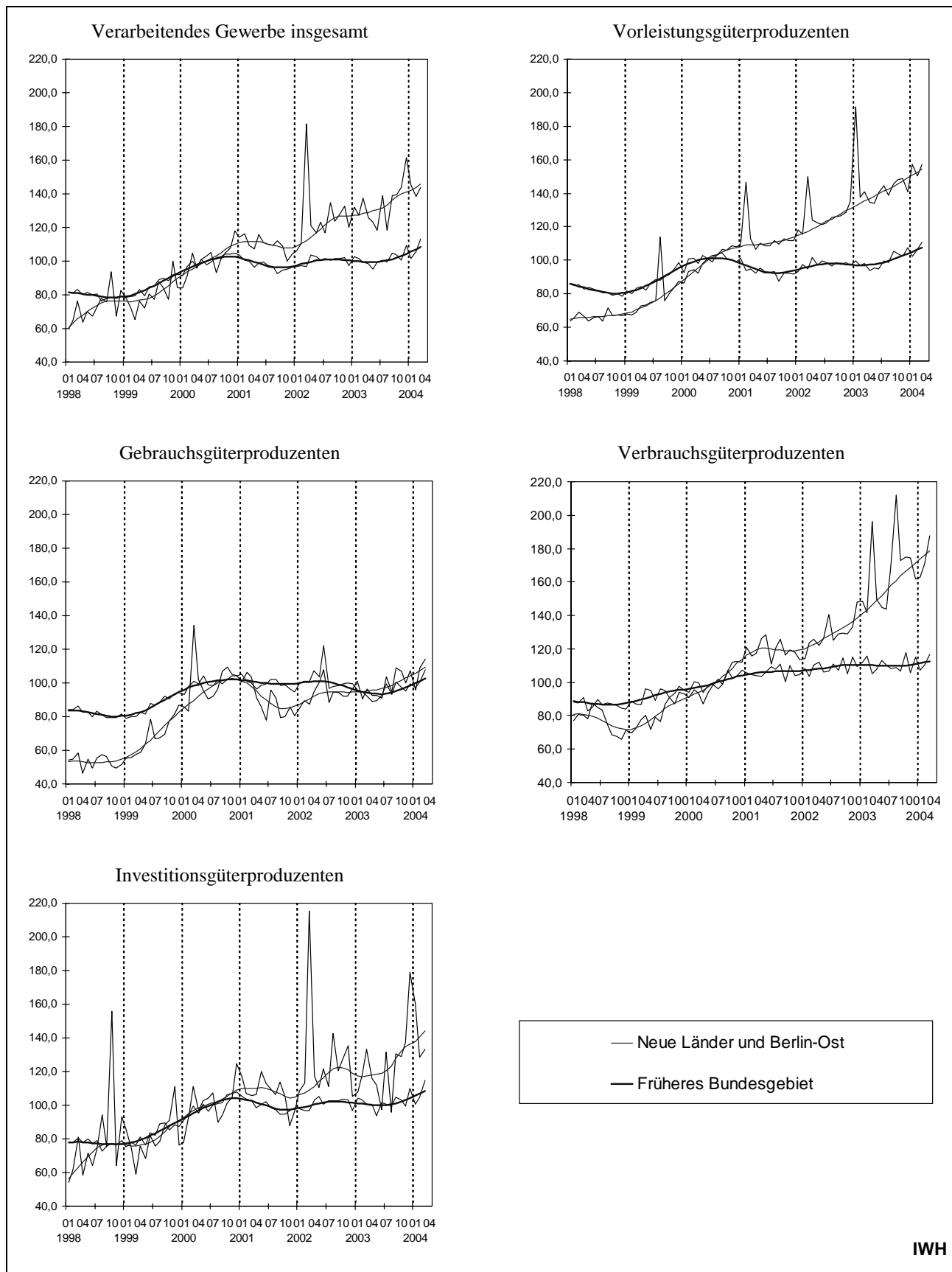
### Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 1995 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



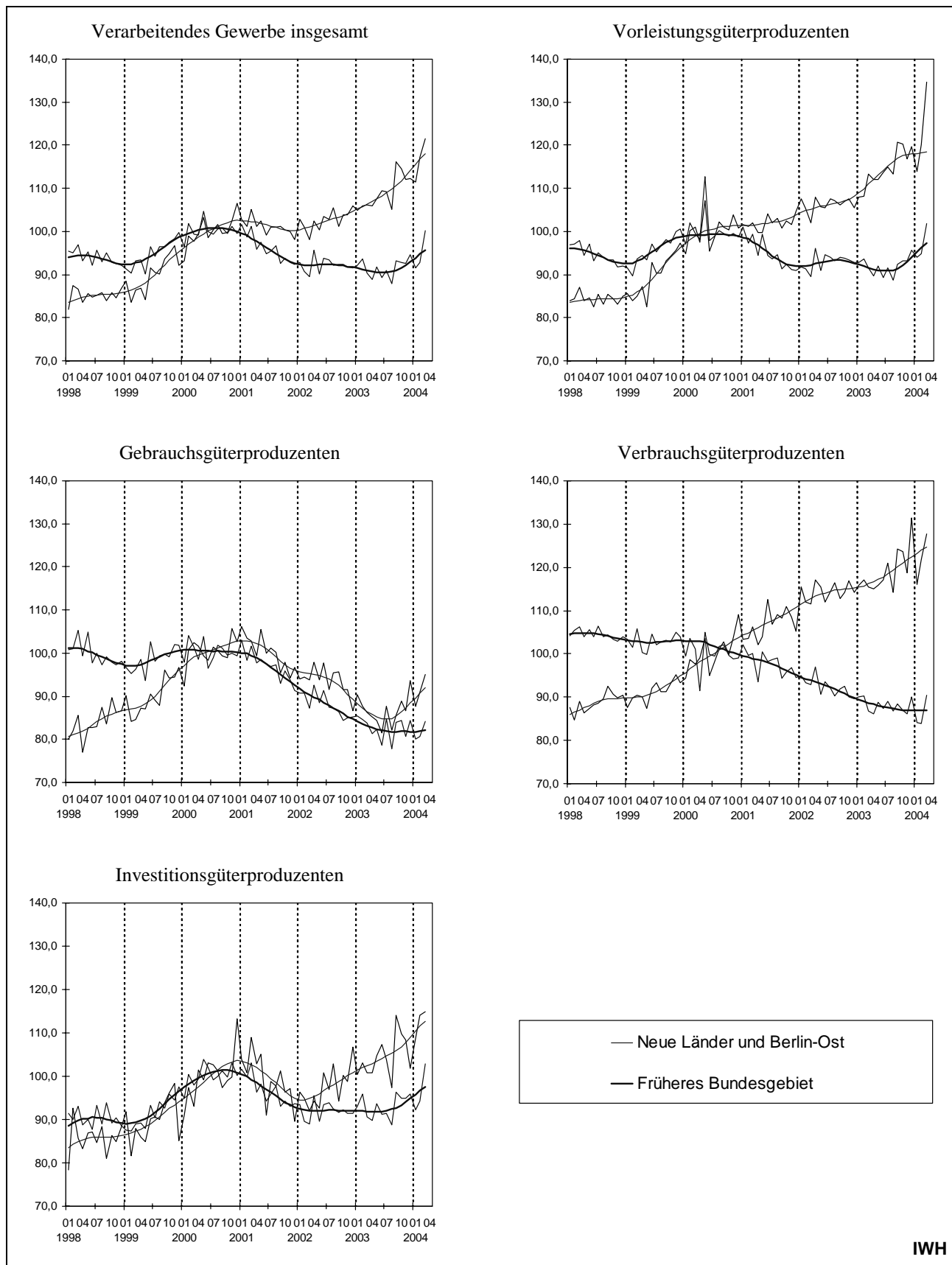
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -

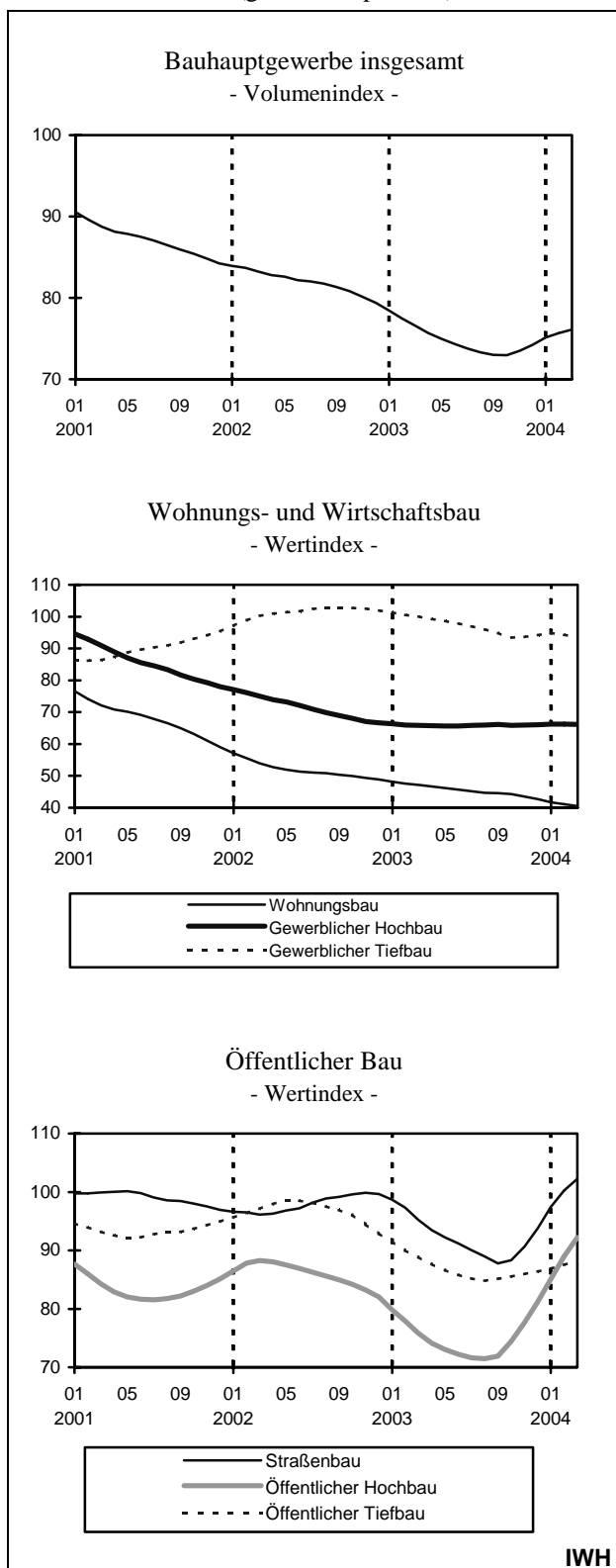


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.



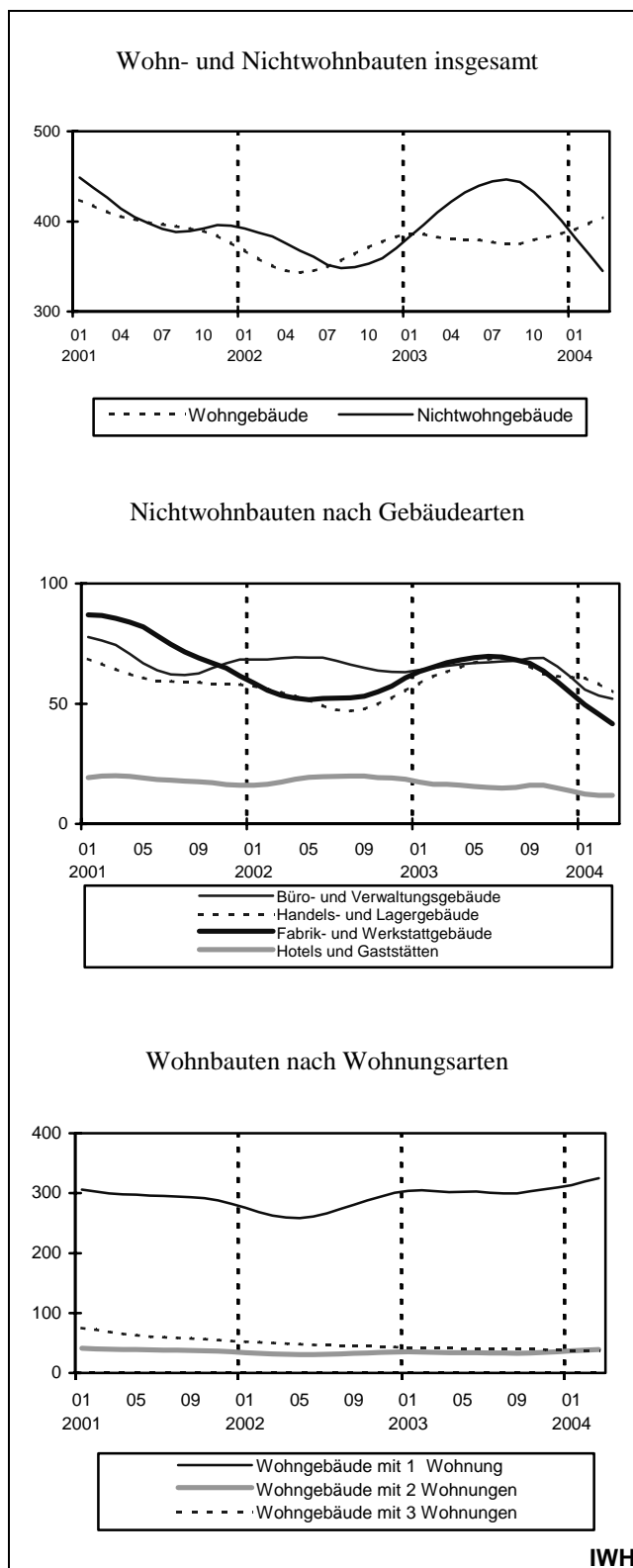
## Übersicht 2 (Baugewerbe)

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis März 2004)  
- 2000 = 100; Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis März 2004)  
- Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. Euro;  
Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Unternehmensbezogene Dienstleistungen in Ostdeutschland – eine Aktualisierung

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen gehören zu den Wirtschaftsbereichen mit der größten Wachstumsdynamik. Trotzdem wurden sie von der amtlichen Statistik, wie der gesamte Dienstleistungssektor, lange Zeit stark vernachlässigt. Erst seit der Einführung der Dienstleistungsstatistik können allmählich Informationslücken geschlossen werden.<sup>11</sup>

Mit diesem Beitrag werden Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik zum Stand unternehmensbezogener Dienstleistungen in den neuen Ländern (ohne Berlin) im Jahr 2001 vorgestellt, die aus Daten der Statistischen Landesämter gewonnen wurden.<sup>12</sup> Damit werden die Resultate einer vorangegangenen Auswertung, denen die Erhebungsdaten für 2000 zugrunde lagen,<sup>13</sup> aktualisiert.

Informiert wird, entsprechend dem methodischen Konzept der genannten Statistik, über die Unternehmen, die ihren Hauptsitz in den Flächenländern Ostdeutschlands haben. Das bedeutet, dass jene Unternehmen, die ihren Hauptsitz in Westdeutschland haben und Leistungen (z. B. durch Niederlassungen) in Ostdeutschland erbringen, in den Kenndaten nicht dargestellt werden. Umgekehrt gilt dies freilich ebenso, dürfte aber, wie das Beispiel für Sachsen-Anhalt zeigt,<sup>14</sup> erheblich seltener zutreffen. Daraus kann für die neuen Länder geschlossen werden, dass die erhobenen Daten das tatsächliche Volumen der unternehmensbezo-

genen Leistungen, der Beschäftigten etc. nicht voll widerspiegeln.

Gegenstand der Untersuchung sind unternehmensbezogene Dienstleistungen im „engeren Sinn“, d. h.

- die Vermietung beweglicher Sachen (Kraftwagen, Maschinen, Geräte u. a.),
- die Datenverarbeitung und Datenbanken,
- die Forschung und Entwicklung sowie
- weitere überwiegend für Unternehmen angebotene Leistungsarten (Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Werbung, Gebäudereinigung u. a.).

Gegenüber der ersten Umfrage wurde seitens der Statistischen Landesämter die Zahl der auskunftspflichtigen Unternehmen erhöht.<sup>15</sup> Trotzdem spiegelt auch die zweite Dienstleistungsstatistik noch nicht den aktuellen Unternehmensbestand des Berichtsjahres (2001) wider.<sup>16</sup> So basiert z. B. die Neuzugangsstichprobe von Sachsen-Anhalt auf Verwaltungsdateien mit Stand 1999/2000.<sup>17</sup>

### *Zu den Ergebnissen für 2001*

Unter Beachtung der genannten Erhebungsmerkmale und der gewählten Leistungsabgrenzung waren 2001 rund 38 000 Unternehmen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in den neuen Ländern (ohne Berlin) tätig, die mit rund 311 000 Beschäftigten einen Umsatz von 13,6 Mrd. Euro erwirtschafteten (vgl. Tabelle 1). Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich damit der Anteil der neuen Länder an der Beschäftigung und am Umsatz der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in ganz Deutschland leicht erhöht; bei der Beschäftigtenzahl von 8,9% auf 9,3% und beim Umsatz von 4,5% auf 4,6%. Ihre wirtschaftliche Bedeutung im gesamtdeutschen Rahmen bleibt dennoch, wie in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen, relativ

---

<sup>11</sup> Ausgeblendet bleiben weiterhin Dienstleistungen, die von Unternehmen aus Wirtschaftsbereichen außerhalb des institutionell abgegrenzten Dienstleistungssektors erstellt werden. Vgl. dazu u. a. OPFERMANN, R.: Produktbegleitende Dienstleistungen und ihre statistische Erfassung, in: *Wirtschaft und Statistik*, 3/2004, S. 269-275.

<sup>12</sup> Die Vergleichsangaben für Westdeutschland wurden durch Differenzbildung zu den gesamtdeutschen Größen berechnet.

<sup>13</sup> Vgl. BEER, S.: Unternehmensbezogene Dienstleistungen in Ostdeutschland – eine Auswertung der Dienstleistungsstatistik, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel* 12/2003, S. 342-349.

<sup>14</sup> Für Sachsen-Anhalt zeigt der Vergleich mit landesbereinigten Daten, dass der Umsatz der unternehmensbezogenen Dienstleistungen rund 15%, die Beschäftigtenzahl rund 11% und die Investitionen sogar um rund ein Viertel zu niedrig ausgewiesen werden. Die größten Abweichungen im Umsatz betreffen die Datenverarbeitung und Datenbanken (Hardwareberatung), die technischen, physikalischen und chemischen Untersuchungen, die Vermietung beweglicher Sachen sowie die Detekteien und Schutzdienste. Von den anderen neuen Ländern liegen derartige Angaben nicht vor, sodass ein Gesamtbild nicht gegeben werden kann.

---

<sup>15</sup> Der Kreis der Unternehmen, die bereits für 2000 auskunftspflichtig waren, wurde um Unternehmen aus einer Neuzugangsstichprobe 2001 ergänzt. Grundlage dafür ist das Unternehmensregister.

<sup>16</sup> Aus dem unterschiedlichen Erfassungsgrad der Unternehmen in den beiden ersten Dienstleistungserhebungen resultiert, dass ein Vergleich von absoluten Angaben wenig sinnvoll ist. Im Fokus der folgenden Auswertung stehen daher vor allem qualitative bzw. Strukturdaten.

<sup>17</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, *Statistischer Bericht Dienstleistungen*, 2001, S. 4.

Tabelle 1:

Eckdaten unternehmensbezogener Dienstleistungen<sup>a</sup> in Ostdeutschland<sup>b</sup> 2001

	2001	Nachrichtlich: 2000	Deutschland = 100	
			2001	Nachr.: 2000
Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro				
Unternehmen (Anzahl)	37 948	. <sup>c</sup>	10,8	10,6
Beschäftigte am 30.09. (1 000)	311,1	. <sup>c</sup>	9,3	8,9
Umsatz (Mio. Euro)	13 618,8	. <sup>c</sup>	4,6	4,5
Gesamtaufwendungen in Relation zum Umsatz (%)	80,2	75,5	106,4 <sup>d</sup>	104,6 <sup>d</sup>
darunter: Personalaufwendungen in Relation zum Umsatz (%)	40,7	40,0	134,1 <sup>d</sup>	137,9 <sup>d</sup>
darunter:				
Unternehmen mit einem Umsatz von 250 000 Euro und mehr				
Unternehmen (Anzahl)	9 748	. <sup>c</sup>	9,5	9,5
Beschäftigte am 30.09. (1 000)	236,3	. <sup>c</sup>	8,3	8,3
Umsatz (Mio. Euro)	11 081,6	. <sup>c</sup>	4,0	4,0
Gesamtaufwendungen in Relation zum Umsatz (%)	83,1	78,8	107,6 <sup>d</sup>	106,9 <sup>d</sup>
darunter: Personalaufwendungen in Relation zum Umsatz (%)	42,6	42,3	137,4 <sup>d</sup>	143,0 <sup>d</sup>

<sup>a</sup> Hierunter sind zusammengefasst: Vermietungen beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. – <sup>b</sup> Ohne Berlin. – <sup>c</sup> Vergleichsangabe nicht sinnvoll. – <sup>d</sup> Westdeutschland (einschließlich Berlin) = 100.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

gering (z. B. gemessen am Bevölkerungsanteil von etwa 16,5%).

Von der Gesamtzahl der Unternehmen erzielte rund ein Viertel (in Westdeutschland fast 30%) einen Jahresumsatz von jeweils über 250 000 Euro; sie bestritten damit drei Viertel der gesamten Umsatzgröße. Relativ häufig vertreten sind die umsatzstärkeren Unternehmen in der Datenverarbeitung und den Datenbanken, in der Forschung und Entwicklung sowie in der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Mit einer durchschnittlichen Unternehmensgröße von 24 Beschäftigten ist ihre Belegschaftsstärke auch deutlich höher als in den Unternehmen mit einem Umsatz von weniger einer Viertel Million Euro im Jahr (knapp drei Beschäftigte). In Westdeutschland (einschließlich Berlin) beschäftigen die „größeren“ Unternehmen (mit einem Jahresumsatz von mehr als 250 000 Euro) im Schnitt rund 28 Beschäftigte, die „kleineren“ dagegen nur rund zwei.

Umsatzstärkste Leistungssparten in den neuen Ländern sind die Architektur- und Ingenieurbüros mit einem Anteil von rund 27% sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung<sup>18</sup> mit einem Anteil von 21,5% (vgl. Tabelle 2). In den alten Län-

dern dominiert die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung (29,3%), danach folgen, vom Umsatzanteil her gesehen, die Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Softwarehäuser mit einem Anteil von jeweils 11%. Deutlich größere Umsatzanteile im Vergleich zu Westdeutschland erbringen, neben den Architektur- und Ingenieurbüros die Gebäudereinigung sowie die Detekteien und Schutzdienste; anteilig erheblich weniger tragen hingegen die Hardwareberatung und Softwarehäuser, die Vermietung beweglicher Sachen und die Werbung zum Gesamtumsatz unternehmensbezogener Dienstleistungen in Ostdeutschland bei. Darin äußern sich spezifische Entwicklungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Zu nennen sind die aus längerer Erfahrung resultierenden Vorteile der Unternehmen in Westdeutschland, die unternehmensbezogene Leistungen anbieten (z. B. der beratenden Freien Berufe wie der Steuerberatung, Rechtsberatung etc.), die erheblichen Unterschiede in der Größe der Industrieunternehmen und die im Schnitt geringere Ertragskraft der Unternehmen im Osten<sup>19</sup>, die beispielsweise die Ausgaben für Werbung begrenzt.

<sup>18</sup> Hierin sind außerdem Erlöse der Institute der Markt- und Meinungsforschung sowie der Beteiligungsgesellschaften erfasst.

<sup>19</sup> Zu Industrieunternehmen vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70.

Tabelle 2:

Umsatzstruktur und Gesamtaufwendungen der Unternehmen unternehmensbezogener Dienstleistungen<sup>a</sup> in Ostdeutschland<sup>b</sup> und in Westdeutschland<sup>c</sup> in Relation zum Umsatz<sup>d</sup> 2001

- in % -

	Umsatzstruktur		Gesamtaufwendungen in Relation zum Umsatz	
	Ost- deutschland	Nachrichtlich: West- deutschland	Ost- deutschland	West- deutschland
Insgesamt	100,0	100,0	80,2	75,4
davon:				
Vermietung beweglicher Sachen	4,6	8,2	65,9	48,8
Datenverarbeitung und Datenbanken	12,3	21,8	91,4	85,2
darunter:				
<i>Hardwareberatung</i>	0,7	2,9	90,0	88,0
<i>Softwarehäuser</i>	5,3	11,1	109,7	86,9
Forschung und Entwicklung <sup>e</sup>	3,4	1,5	106,8	119,2
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	79,7	68,5	78,2	74,5
davon:				
<i>Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung<sup>f</sup></i>	21,5	29,3	70,5	64,6
<i>Architektur- und Ingenieurbüros</i>	26,9	11,4	77,2	72,5
<i>Technische, physikalische u. chemische Untersuchung</i>	2,4	2,2	81,6	93,3
<i>Werbung</i>	3,5	6,2	77,5	81,9
<i>Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften</i>	3,6	2,8	92,7	92,4
<i>Detekteien und Schutzdienste</i>	3,1	1,0	86,5	89,4
<i>Reinigung von Gebäuden, Inventar u. Verkehrsmitteln</i>	8,9	3,6	84,8	83,7
<i>Sonstige Dienstleistungen überwieg. für Unternehmen</i>	9,6	12,1	83,0	85,1

<sup>a</sup> Unternehmen und Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro. – <sup>b</sup> Ohne Berlin. – <sup>c</sup> Einschließlich Berlin. – <sup>d</sup> Ohne Umsatzsteuer. –

<sup>e</sup> Einschließlich FuE in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. – <sup>f</sup> Einschließlich Markt- und Meinungsforschung sowie Beteiligungsgesellschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

Im Rahmen der Dienstleistungsstatistik werden auch die Gesamtaufwendungen der Unternehmen erfasst. In Relation zum Umsatz können sie als ein Indikator für die Beurteilung der durchschnittlichen Rentabilität der Unternehmen unternehmensbezogener Dienstleistungen herangezogen werden. Bewertungen lassen sich dabei weniger von den absoluten Angaben, eher von den Vergleichsdaten treffen: Danach haben sich die Aufwendungen pro Umsatzeinheit gegenüber dem Vorjahr um knapp fünf Prozentpunkte auf rund 80% erhöht, was zum Teil durch den erweiterten Unternehmenskreis bedingt sein kann (vgl. Tabelle 1). Auch ist, wie im Jahr zuvor, der entsprechende Wert höher als in Westdeutschland (75,4%), was erneut auf eine schlechtere Rentabilität der unternehmensbezo-

nen Leistungen in Ostdeutschland hinweist. Erklärt werden kann dies u. a. damit, dass Leistungen, die (sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland) eine besonders günstige Aufwands-Umsatzrelation aufweisen wie die Vermietung beweglicher Sachen und die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung in Westdeutschland noch mit einem zum Teil deutlich niedrigeren Kostensatz realisiert werden und außerdem dort anteilig stärker vertreten sind (vgl. Tabelle 2). Die ungünstigere Rentabilität der Unternehmen in Ostdeutschland dürfte auch ein Grund mit dafür sein, dass sie im Vergleich zu den Unternehmen in Westdeutschland erheblich weniger investiert haben (rd. 33 600 Euro pro Unternehmen gegenüber 99 800 Euro).

Tabelle 3:

Arbeitsproduktivität<sup>a</sup> unternehmensbezogener Dienstleistungen<sup>b</sup> in Ostdeutschland<sup>c</sup> 2001

	Arbeitsproduktivität Ostdeutschland		Nachrichtlich: Westdeutschland		Westdeutsch- land = 100
	absolut	Durch- schnitt = 100	absolut	Durch- schnitt = 100	
	Euro	%	Euro	%	
Insgesamt	26 471	100,0	51 461	100,0	51,4
davon:					
Vermietung beweglicher Sachen	50 542	190,9	203 096	394,7	24,9
Datenverarbeitung und Datenbanken	40 580	153,3	80 939	157,3	50,1
darunter:					
<i>Hardwareberatung</i>	34 862	131,7	106 803	207,5	32,6
<i>Softwarehäuser</i>	29 129	110,0	79 956	147,6	38,3
Forschung und Entwicklung <sup>d</sup>	31 134	117,6	30 089	58,5	103,5
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	24 900	94,1	43 800	85,1	56,8
davon:					
<i>Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung<sup>e</sup></i>	36 954	139,6	74 931	145,6	49,3
<i>Architektur- und Ingenieurbüros</i>	37 052	140,0	57 651	112,0	64,3
<i>Technische, physikalische u. chemische Untersuchung</i>	37 199	140,5	57 395	111,5	64,8
<i>Werbung</i>	8 766	33,1	32 762	63,7	26,8
<i>Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften</i>	20 490	77,4	25 624	49,8	80,0
<i>Detekteien und Schutzdienste</i>	16 089	60,8	22 088	42,9	72,8
<i>Reinigung von Gebäuden, Inventar u. Verkehrsmitteln</i>	12 884	48,7	13 132	25,5	98,1
<i>Sonstige Dienstleistungen überwieg. für Unternehmen</i>	28 102	106,2	43 133	83,8	65,2

<sup>a</sup> Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten. – <sup>b</sup> Unternehmen und Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 16 620 Euro. – <sup>c</sup> Ohne Berlin. –<sup>d</sup> Einschließlich FuE in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften. – <sup>e</sup> Einschließlich Markt- und Meinungsforschung sowie Beteiligungsgesellschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

Die Unterschiede in der Leistungsstruktur sind auch ein Grund für die hohen Abweichungen in der Arbeitsproduktivität, die anhand der Umsätze, den Gesamtaufwendungen und den Beschäftigtenzahlen ermittelt wurde. 2001 erzielten die unternehmensbezogenen Dienstleistungsunternehmen in den neuen Ländern (ohne Berlin) eine durchschnittliche Produktivität von rund 26 500 Euro, die in Westdeutschland einen fast doppelt so hohen Produktivitätswert (vgl. Tabelle 3). Ein Produktivitätsunterschied in dieser Größenordnung wurde bereits für 2000 festgestellt. In dem Zusammenhang wurden verschiedene Erklärungsansätze diskutiert.<sup>20</sup> Eine wichtige Ursache besteht

offenbar darin, dass die Unternehmen, die die Leistungen nachfragen, in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland deutlich kleiner sind, was insbesondere bei humankapitalintensiven Leistungen entsprechend geringere Erlöse – bei häufig ähnlichem Arbeitsaufwand wie in größeren Firmen – zur Folge hat. Beispiele hierfür sind Leistungen der Steuerberater, Unternehmensberater und Wirtschaftsprüfer.

Siegfried.Beer@iwh-halle.de

<sup>20</sup> Vgl. hierzu BEER, S., a. a. O., S. 344 ff.

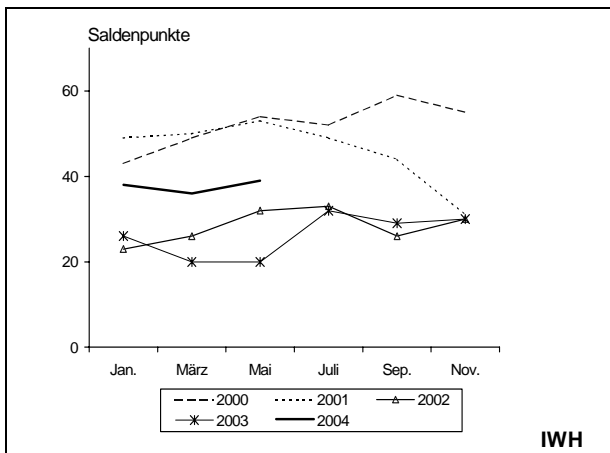
## IWH-Industrienumfrage im Mai 2004: Stimmung hellt sich weiter auf

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich laut IWH-Umfrage unter rund 300 Unternehmen im Mai wieder etwas erwärmt. Die Geschäftslage wurde günstiger als in der Märzumfrage eingeschätzt. Die Beurteilung der Geschäftsaussichten fiel zwar einen Punkt schlechter aus, verharrte aber auf einem hohen Niveau. Der Vorjahresstand wird von beiden Urteilen weit übertroffen. Die Verbesserung des Geschäftsklimas in Folge spricht dafür, dass der konjunkturelle Erholungsprozess anhält.

Der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur aktuellen *Geschäftslage* überschreitet den Stand vom März 2004 um 3 Prozentpunkte und liegt mit 19 Punkten deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Saldo zu den *Geschäftsaussichten* für die kommenden sechs Monate sank um 1 Prozentpunkt. Mit 28 Punkten Zuwachs lässt er die Wer-

Während die Hersteller von Konsum- und Investitionsgütern deutliche Verbesserungen des Geschäftsklimas gemeldet haben, ist aus dem Vorleistungsgüterbereich ein Dämpfer gekommen. Das Meinungsbild in dieser Gruppe beeinflussen vor allem die baunahen Branchen aus dem Bereich der Baustoffindustrie und aus der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Chemische Industrie. Allerdings bestehen zwischen ihnen große Unterschiede. In der Gruppe der Unternehmen aus dem Bereich der Gewinnung von Steinen und Erden hat sich der Anteil der Negativstimmen zwar verringert, per saldo überwiegen sie aber immer noch deutlich. Die Einschätzung der Geschäftsaussichten hat sich dagegen gravierend verschlechtert. Dazu tragen vor allem der Rückgang im Bau, verstärkt durch den nachlassenden Einfluss der Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2002 und das

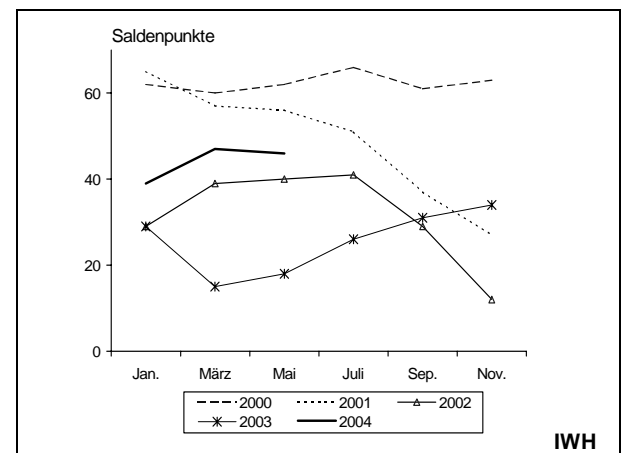
Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

tungen vom Mai des vergangenen Jahres weit hinter sich. Insgesamt beurteilen rund 70 % der Unternehmen die aktuelle Lage und die Geschäftserwartungen positiv. Allerdings konzentrieren sich die Antworten nach wie vor im Bereich von „eher gut“. Fast die Hälfte der Unternehmen entschied sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation und sogar knapp 60 % in Bezug auf die zukünftige Entwicklung dafür. Deutlich weniger Unternehmen bezeichnen sowohl die Lage als auch die Erwartungen eindeutig als „gut“. Die Erholung ist damit noch nicht gefestigt.

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Abklingen von Vorzieheffekten infolge der Kürzung der Eigenheimzulage bei. Demgegenüber sanken in der Chemischen Industrie zwar die Wertungen von Lage und Aussichten, insgesamt bewegen sie sich aber auf einem hohen Niveau mit 61 % bzw. 55 % positiven Urteilen. Zu der Verschlechterung haben wohl die kräftig gestiegenen Rohölpreise geführt.

Baerbel.Laschke@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – Mai 2004

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 03	Mrz. 04	Mai 04	Mai 03	Mrz. 04	Mai 04	Mai 03	Mrz. 04	Mai 04	Mai 03	Mrz. 04	Mai 04	Mai 03	Mrz. 04	Mai 04
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>26</b>	<b>18</b>	<b>21</b>	<b>34</b>	<b>50</b>	<b>48</b>	<b>33</b>	<b>27</b>	<b>26</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>20</b>	<b>36</b>	<b>39</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	30	12	22	31	57	42	30	27	29	9	4	7	22	39	28
Investitionsgüter	19	22	18	43	44	54	31	27	27	7	7	1	24	32	44
Ge- und Verbrauchsgüter	27	23	22	30	45	51	37	29	20	5	3	6	15	37	47
dar.: Nahrungsgüter	27	24	22	35	53	55	34	24	22	4	0	0	24	53	55
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	19	16	15	38	42	38	32	33	36	12	9	12	13	15	5
50 bis 249 Beschäftigte	32	19	24	31	52	50	30	27	22	7	3	4	26	41	48
250 und mehr Beschäftigte	22	27	21	33	43	52	42	27	27	3	3	0	11	40	45
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen darunter:	25	19	21	35	51	50	33	26	24	7	4	5	20	39	42
Westdt./ausl. Investoren	25	17	20	34	55	51	37	23	23	4	5	6	18	43	43
Management-Buy-Outs	14	16	21	50	44	44	26	38	31	10	3	4	29	18	30
Reprivatisierer	33	29	28	27	45	53	27	24	13	13	2	6	21	49	62
Neugründungen	32	17	25	32	52	44	30	27	27	6	5	4	27	38	38
Geschäftsaussichten															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>20</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>39</b>	<b>60</b>	<b>58</b>	<b>36</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>18</b>	<b>47</b>	<b>46</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	25	11	17	37	66	50	31	19	29	8	4	4	24	54	34
Investitionsgüter	11	17	10	46	53	67	38	27	21	5	3	1	15	41	55
Ge- und Verbrauchsgüter	22	15	17	35	57	60	40	26	22	3	2	2	14	45	54
dar.: Nahrungsgüter	20	23	17	46	57	63	31	20	20	3	0	0	33	60	61
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	15	13	11	38	49	48	39	33	33	9	6	8	6	23	17
50 bis 249 Beschäftigte	24	18	16	40	61	63	31	21	20	6	1	1	27	57	58
250 und mehr Beschäftigte	17	10	21	39	60	49	44	23	30	0	7	0	11	40	39
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen darunter:	21	13	15	39	63	61	36	22	22	4	2	2	21	52	52
Westdt./ausl. Investoren	20	9	17	40	66	57	38	22	24	2	3	1	19	50	49
Management-Buy-Outs	16	18	18	51	59	58	27	21	21	6	1	3	34	55	52
Reprivatisierer	25	18	6	33	60	72	33	22	19	8	0	4	17	56	55
Neugründungen	18	18	18	37	59	47	38	18	30	7	6	5	10	54	30

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2004 vorläufig. – <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## **Wirtschaft im Wandel**

**7/2004**

EU-Osterweiterung: Auswirkungen auf Direktinvestitionen und Handel

Keine Euro-Schwäche durch die EU-Erweiterung

EU-Strukturfonds: Aufstockung der Mittel nach jüngster Erweiterung zu erwarten

IWH-Bauumfrage im April 2004

## **Sonderhefte**

**7/2003**

Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland

DIW Berlin, IAB, IfW, IWH, ZEW

280 Seiten, November 2003,

Preis: 20,00 Euro

ISBN 3-930963-78-7

## **Impressum**

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Präsident: Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53 701

Telefax: (0345) 77 53 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser

([Manfred.Packeiser@iwh-halle.de](mailto:Manfred.Packeiser@iwh-halle.de))

Layout: Ingrid Dede

Telefon: (0345) 77 53 720/721

Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,60 Euro

Jahresbezug 31,00 Euro

(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH

Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 10. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Juni 2004

ISSN 0947-3211

## **Schriften des IWH**

(Bestellungen bei der Nomos-Verlagsgesellschaft)

*Harald Lehmann*

Die Modellierung der Konsumausgaben privater Haushalte

Auf der Grundlage repräsentativer Einkommens- und Verbrauchsstatistiken

Band 16, 270 Seiten, 1. Auflage 2004,

Preis: 52,00 Euro, ISBN 3-8329-0569-3

*Christian Dreger/Gerd Hansen (eds)*

Advances in macroeconomic modeling

Papers and Proceedings of the 3rd IWH Workshop in Macroeconometrics

Band 15, 290 Seiten, 1. Auflage 2004,

Preis: 54,00 Euro, ISBN 3-8329-0568-5

**Gesamtübersicht  
der IWH-Publikationen unter:**

**<http://www.iwh-halle.de>**